



Europäisches Parlament

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU
JAHRESBERICHT 2018



DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



751 MEPs



Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf EU-Ebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.



Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Eine Konferenz der Europa-Ausschüsse der Parlamente kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

Jahresbericht 2018

**Beziehungen zwischen
dem Europäischen Parlament
und den nationalen Parlamenten der EU**

Dieser Bericht ist eine Veröffentlichung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die Teil der Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ist.

Katrin RUHRMANN

Direktorin

katrin.ruhrmann@europarl.europa.eu

Jesús GÓMEZ

Leiter des Referats Legislativer Dialog

jesus.gomez@europarl.europa.eu

Pekka NURMINEN

Leiter des Referats Institutionelle Zusammenarbeit

pekka.nurminen@europarl.europa.eu

Manuskript erstellt von:

Zsuzsanna BALÁZS

Verwaltungsrätin, Referat Legislativer Dialog

zsuzsanna.balazs@europarl.europa.eu

Hanneke WESTERBAAN

Verwaltungsrätin, Referat Legislativer Dialog

hanneke.westerbaan@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: 30. April 2019.

relnatparl@ep.europa.eu

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home.html>

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union 2019, sofern nicht anders angegeben.

JAHRESBERICHT 2018

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DER VIZEPRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, DIE FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU ZUSTÄNDIG SIND	8
1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN	16
1.1. Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)	16
1.2. Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)	18
2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)	20
2.1. Europäische Parlamentarische Woche, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester	20
2.2. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)	22
3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE UND BEWERTUNG IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS	24
3.1. Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol: ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle	24
3.2. Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)	26
4. INTERPARLAMENTARISCHE TREFFEN	27
4.1. Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM)	27
4.2. Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich der Außentätigkeit der EU	29
4.3. Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament	31
4.4. Nutzung von Videokonferenzen für den bilateralen Austausch	32
5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU	34
5.1. Das Frühwarnsystem und das Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon	34
5.2. Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“	37
5.3. Informeller politischer Dialog und das Protokoll Nr. 1 zum AEUV	38
6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN	39
6.1. Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)	39
6.2. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	40
6.3. Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel	41
6.4. Seminare für Mitarbeiter	42
7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN	43
7.1. CONNECT	43
7.2. Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)	43

7.3. Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes	_____	44
7.4. Veröffentlichungen der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten	_____	45
8. DIE DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN	_____	47
9. ANHÄNGE	_____	49
ANHANG I: Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2018	_____	49
ANHANG II: Von Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel organisierte interparlamentarische Treffen im Jahr 2018	_____	50
ANHANG III: Besuche nationaler Parlamente der EU im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen) 2018	_____	52
ANHANG IV: Daten über das Frühwarnsystem	_____	58
ANHANG V: Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Dokumente – informeller politischer Dialog	_____	60
ANHANG VI: Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	_____	61



Europäisches Parlament

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU
JAHRESBERICHT 2018



Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständig sind

2019 wird für das Europäische Parlament ein Jahr des Wandels sein. Die 8. Wahlperiode geht zu Ende, und im Anschluss an die Europawahl wird sich im Juli ein neues Europäisches Parlament konstituieren. In dieser Wahlperiode (2014–2019) haben sich die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten weiterentwickelt und intensiviert. Die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament haben gemeinsam viele wichtige politische Entwicklungen erörtert, und es wurden neue Formen der Zusammenarbeit eingeführt und bestehende Formen weiterentwickelt.

Dieser jährliche Tätigkeitsbericht der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gibt einen Überblick über alle Tätigkeiten und Entwicklungen der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Jahr 2018. An dieser Zusammenarbeit sind 41 nationale Parlamente und Kammern in den 28 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament beteiligt.

Themen wie der Brexit, der EU-Haushalt, Migration, Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion, Datenschutz, Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft und die Europawahl standen bei verschiedenen interparlamentarischen Treffen im Mittelpunkt der Debatte. Ein Austausch zwischen den Mitgliedern der Parlamente in der gesamten EU ist unerlässlich für das gegenseitige Verständnis der Anliegen und Herausforderungen und sorgt für eine Verknüpfung der einzelstaatlichen und europäischen Sichtweisen zu den verschiedenen Themen, um gemeinsame Lösungen zu finden.



Vizepräsidentin Mairead McGuinness und Vizepräsident Bogusław Liberadzki © EU – EP.

Im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon wurden die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament gemeinsam mit der Kontrolle und Überwachung im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere in Bezug auf Europol und Eurojust, betraut. Die Arbeit des 2017 eingerichteten Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol war eine wesentliche neue Entwicklung in der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Seine Hauptaufgabe besteht in der politischen Überwachung der Tätigkeiten von Europol bei der Erfüllung seiner Aufgaben

zu einem Zeitpunkt, zu dem die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität immer wichtiger wird.

Die nationalen Parlamente haben sich sehr interessiert daran gezeigt, sich in einem frühen Stadium an den Diskussionen über Entwürfe von Rechtsvorschriften zu beteiligen. Soweit möglich wurde dies bei interparlamentarischen Ausschusssitzungen und im Rahmen des bilateralen Austauschs berücksichtigt. Dieser Dialog kann Aufschluss darüber geben, wie Gesetzgebungsinitiativen funktionieren werden und welche Auswirkungen sie in den Mitgliedstaaten haben werden. Außerdem wird es den nationalen Parlamenten dadurch ermöglicht, ihre Regierungen als Mitgesetzgeber im Rat besser zu kontrollieren.

Die Europäische Union hat unserem Kontinent Stabilität und Wohlstand gebracht. Die europäischen Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit mussten im Jahr 2018 in der Europäischen Union und darüber hinaus stärker denn je verteidigt werden. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament diese gemeinsamen europäischen Werte sowie eine gut funktionierende parlamentarische Demokratie zusammen verteidigen.

2019 wird der 10. Jahrestag des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon, des sogenannten „Vertrags der Parlamente“, begangen. Tatsächlich hat sich die interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU durch den Vertrag von Lissabon grundlegend geändert, und die nationalen Parlamente sind dadurch zu Akteuren auf europäischer Ebene geworden. Im Wege des Subsidiaritätskontrollmechanismus und des informellen politischen Dialogs haben die nationalen Parlamente ein von ihren Regierungen unabhängiges Mitspracherecht in Bezug auf europäische Rechtsvorschriften.

Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und wird weiter intensiviert und ausgeweitet. Wir sind vielleicht nicht immer der gleichen Meinung, aber die Diskussionen mit unseren Pendanten in den nationalen Parlamenten sind von gegenseitigem Respekt und starkem politischen Willen für konstruktiven Dialog geprägt. Wir werden diesen Dialog und unsere Arbeitsmethoden auch in Zukunft weiterentwickeln.

Die Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments werden direkt gewählt. Zusammen vertreten wir die Bürger der Europäischen Union. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Bürger zu ermuntern, sich aktiv am demokratischen Leben zu beteiligen und ihre Ansichten in Wahlen – sei es auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene – zum Ausdruck zu bringen.

Im Juli 2019 beginnt eine neue Wahlperiode. Die Wahl des Kommissionspräsidenten und die Einigung auf das politische Programm der nächsten Europäischen Kommission werden die politischen Prioritäten der nächsten Wahlperiode prägen.

Die nächsten fünf Jahre sind für die Europäische Union von entscheidender Bedeutung. Interparlamentarische Debatte und Zusammenarbeit werden noch wichtiger werden, wenn es darum geht, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Wir möchten alle Beteiligten dazu anhalten, sich weiter für die interparlamentarische Zusammenarbeit zu engagieren und sich auch in den kommenden fünf Jahren in diesen Dialog einzubringen.

Mairead McGuinness
Vizepräsidentin

Bogusław Liberadzki
Vizepräsident

Wichtige Entwicklungen und Themen auf der interparlamentarischen Agenda im Jahr 2018

Im Jahr 2018 wurde die interparlamentarische Zusammenarbeit intensiv und aktiv betrieben, was sich auch in der intensiven Arbeit der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten (nachstehend „Direktion“) widerspiegelte. Im Laufe des Jahres wurden zahlreiche interparlamentarische Konferenzen, Treffen und Debatten veranstaltet und es fand eine Rekordzahl bilateraler Besuche statt. Die Direktion hat weiterhin eng mit anderen Dienststellen des Europäischen Parlaments zusammengearbeitet und eine Reihe von Treffen zwischen den Verwaltungen der nationalen Parlamente und dem EP in Bereichen von gemeinsamem Interesse organisiert, um engere Kontakte und Netzwerke zwischen den Mitarbeitern zu schaffen, die in Bereichen von gemeinsamem Interesse tätig sind.

Diese Arbeit fand unter der politischen Führung und Anleitung von Antonio Tajani, Präsident des EP, Mairead McGuinness und Bogusław Liberadzki, Vizepräsidenten des EP mit Zuständigkeit für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, und Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO), statt. Die Arbeit wurde auch durch die Ausschüsse, Fraktionen und einschlägigen politischen Gremien des EP (Konferenz der Präsidenten und Konferenz der Ausschussvorsitze) unterstützt.

Kennzeichnend für das Jahr 2018 war eine verstärkte Konsistenz bei der Auswahl der Themen für die interparlamentarischen Debatten. Einige Themen kehrten in den Diskussionen fast aller interparlamentarischen Foren wieder, etwa der Brexit und der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU. Die Kohäsionspolitik, der Westbalkan und die Europäische Nachbarschaftspolitik wurden bei vielen Gelegenheiten diskutiert, nicht zuletzt, weil diese Themen zu den Prioritäten der EU-Ratsvorsitze 2018 gehörten.

Auch die nationalen Parlamente der EU haben 2018 wesentlich zu wichtigen politischen und legislativen Debatten beigetragen, hauptsächlich in interparlamentarischen Ausschusssitzungen, aber auch bei bilateralen Besuchen und Treffen mit Berichterstattern des Europäischen Parlaments.

Die nationalen Parlamente wurden kontinuierlich in die politische, legislative und institutionelle Debatte über europäische Fragen eingebunden. Es zählt zu den wichtigsten Ergebnissen der interparlamentarischen Debatte, dass die nationalen Parlamente in die Lage versetzt wurden, über die nationalen Tagesordnungen hinauszusehen und einen Meinungs austausch mit Abgeordneten aus der gesamten Europäischen Union zu halten, wodurch die europäische Debatte in die Mitgliedstaaten und zu ihren Bürgern getragen wird. Der Brexit und der mehrjährige Finanzrahmen waren in der politischen Debatte durchgehend präsent. Auch die Europawahl wurde 2018 umfassend diskutiert, um die Bürger dazu anzuhalten, sich aktiv am demokratischen Leben zu beteiligen und bei Wahlen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre Stimme abzugeben.

1. Beitrag der nationalen Parlamente zur Debatte während der Brexit-Verhandlungen

Die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wurden im Jahr 2018 in zahlreichen interparlamentarischen Foren und bilateralen Treffen erörtert. Das Europäische Parlament wird im Brexitverfahren eine wichtige Rolle spielen, da es abgesehen von dem Parlament des Vereinigten Königreichs das einzige Parlament ist, das über das Austrittsabkommen abstimmt. Gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) muss das EP jedem Austrittsabkommen zustimmen.

Die Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU (EU-PPK) hat den Brexit im April 2018 in Tallinn im Rahmen einer Debatte über die Zukunft Europas erörtert. Die Parlamentspräsidenten betonten die Bedeutung eines geordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. In

den Schlussfolgerungen dieser Konferenz wird betont, dass die Rechte der Bürger der EU und des Vereinigten Königreichs, die in den Hoheitsgebieten der jeweils anderen Vertragspartei leben, die finanzielle Abwicklung und die besonderen Umstände der Insel Irland während des Verhandlungsprozesses vorrangig berücksichtigt werden müssen. Die Parlamentspräsidenten riefen auch dazu auf, die Einheit der EU-27 während der Verhandlungen zu wahren.

Auf der Plenarsitzung der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) in Wien im November 2018 war eine Sitzung einer Diskussion über den Brexit vorbehalten. In ihrem Beitrag bestätigte die COSAC, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs uneingeschränktes Vertrauen in Michel Barnier als Chefunterhändler der EU haben und entschlossen sind, weiterhin mit vereinter Stimme zu sprechen. Die COSAC betonte außerdem, dass die Integrität des Binnenmarktes und die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Union in Bezug auf die Grundsätze des Binnenmarkts erhalten bleiben müssen. Ferner betonte die COSAC, wie wichtig Solidarität mit Irland und die interparlamentarische Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit sind. Die Modalitäten für die künftige interparlamentarische Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich werden jedoch erst geprüft, wenn die Art der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bekannt ist.

Darüber hinaus veranstaltete der AFCO-Ausschuss eine interparlamentarische Ausschusssitzung, um über den Stand der Debatte über die Zukunft Europas, einschließlich des Brexit, nachzudenken. Andere Ausschüsse des EP organisierten öffentliche Anhörungen, um die Auswirkungen des Brexit auf ihre Politikbereiche zu untersuchen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen spielten eine zentrale Rolle dabei, die nationalen Parlamente der EU über den Status quo des Austrittsverfahrens des Vereinigten Königreichs auf dem Laufenden zu halten.

Der Brexit wurde auch bei bilateralen Besuchen nationaler Parlamente im Europäischen Parlament regelmäßig erörtert, vor allem bei Besuchen von britischen Abgeordneten, aber auch bei Treffen der Parlamentspräsidenten, der Ausschüsse und der Abgeordneten anderer Parlamente mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und insbesondere mit dem Brexit-Koordinator des EP, Guy Verhofstadt, und anderen Mitgliedern der Lenkungsgruppe des EP zum Brexit.

2. Aussprache über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Ein weiteres wichtiges Anliegen, das von den nationalen Parlamenten und dem EP im Jahr 2018 in verschiedenen Foren und Sitzungen erörtert wurde, war die zukünftige Finanzierung der EU. In den häufig kontroversen Diskussionen ging es um die Frage, welche Politikbereiche im künftigen EU-Haushalt Vorrang haben sollen und wie die beständig zunehmenden Aufgaben für die EU zu einem Zeitpunkt bewältigt werden sollen, zu dem aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs mit einer Kürzung des EU-Haushalts zu rechnen ist.

Die Mitglieder der nationalen Parlamente sprachen das Thema während der Europäischen Parlamentarischen Woche (EPW) im Februar 2018 an, als sich Günther H. Oettinger, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für den Haushalt, an sie wandte, bevor die Kommission im Mai ihren neuen Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027)¹ vorstellte. Er betonte, dass die neuen Aufgaben und Herausforderungen, denen die EU sich gegenüber sieht, wie etwa Migration, Terrorismusbekämpfung sowie innere und äußere Sicherheit, auch im EU-Haushalt zum Ausdruck kommen müssen. Dabei handelt es sich um Bereiche, in denen ein

¹ Am 14. November 2018 nahm das Europäische Parlament seinen Zwischenbericht über den MFR 2021-2027 (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2018 zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 – Standpunkt des Parlaments im Hinblick auf eine Einigung) an. In der Entschließung werden die Prioritäten des EP für den nächsten MFR dargelegt, darunter konkrete Zahlen für die MFR-Obergrenzen und für jedes der sektorspezifischen Programme für den Zeitraum 2021-2027 sowie Änderungen der von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwürfe von Rechtstexten. Die Diskussionen über den MFR werden nach der Europawahl im nächsten Europäischen Parlament fortgesetzt.

Tätigwerden der EU einen Mehrwert bringen würde. Der Kommissar erinnerte jedoch auch daran, dass der Brexit zu einer Kürzung des EU-Haushalts führen würde.

Im April 2018 nahm die EU-PPK die bevorstehenden Vorschläge der Kommission zur Kenntnis und äußerte die Hoffnung, dass die EU-Organe in der Lage sein würden, bei den Verhandlungen ausreichende Fortschritte zu erzielen. Die COSAC-Sitzung im Juni 2018 in Sofia war teilweise der Kohäsionspolitik gewidmet, und es waren schwierige Kompromissverhandlungen erforderlich, um den Text des COSAC-Beitrags fertigzustellen.

3. Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss (GPKA) für Europol: eine neue Dimension der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Die Einführung des GPKA für Europol war kennzeichnend für die Entwicklung einer neuen Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Erstmals würden die nationalen Parlamente der EU und das Europäische Parlament gemeinsam eine EU-Agentur kontrollieren und politisch überwachen.

In den Debatten über eine wirksame polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, einschließlich des rechtzeitigen Informationsaustauschs zwischen einzelstaatlichen Behörden durch Europol und Eurojust, wurde bestätigt, dass die Gespräche über die praktischen Modalitäten für die parlamentarische Kontrolle über Europol dringend abgeschlossen werden müssen.

Auf seiner zweiten Sitzung am 18./19. März 2018 in Sofia erzielte der GPKA eine Einigung über seine Arbeitsmethoden und nahm seine Geschäftsordnung an. Nach der Annahme der Geschäftsordnung konnte der GPKA den Schwerpunkt seiner Arbeit von verfahrenstechnischen auf inhaltliche Fragen verlagern. Das erste Treffen gemäß der neuen Geschäftsordnung, nämlich die 3. Sitzung des GPKA, fand am 24./25. September 2018 in Brüssel statt.

Im Einklang mit den in der Europol-Verordnung² festgelegten Aufgaben und Zuständigkeiten des GPKA hielt dieser eine Aussprache über das mehrjährige Europol-Arbeitsprogramm 2019-2021 ab. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats von Europol und der Europäische Datenschutzbeauftragte nahmen ebenfalls an den GPKA-Gesprächen teil. Dabei wurde ein breites Spektrum an Themen erörtert, darunter die Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet, Cybersicherheit und die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.

4. Interparlamentarische Debatten über Migration

Migration war im Jahr 2018 weiterhin beherrschendes Thema der EU-Politik und der interparlamentarischen Debatten. Die EU hat sich um ein umfassendes und wirksames Konzept bemüht, das interne und externe Maßnahmen umfasst. Das EP erinnerte an den Grundsatz der Solidarität und der gerechten Verteilung der Zuständigkeiten im Zusammenhang mit Migration und erklärte wiederholt, dass die Rettung von Menschenleben oberste Priorität haben muss.

Die EU-PPK in Tallinn wies darauf hin, dass eine EU-Migrationspolitik auf einem starken Schutz der Außengrenzen beruhen und sich auf die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der Migration in den Herkunftsländern konzentrieren sollte, insbesondere in Afrika, unterstützt durch einen EU-Plan für diesen Kontinent. Was die Bewältigung der Flüchtlingsströme betrifft, vertraten die Parlamentspräsidenten die Ansicht, dass die Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems von wesentlicher Bedeutung ist, und betonten, dass die EU aktiv auf die Lösung von Konflikten

² Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

in ihren Nachbarregionen hinarbeiten sollte, um zur Rettung von Menschenleben und zur Verringerung des Migrationsdrucks und der irregulären Migration beizutragen.

In ihrer Sitzung in Wien diskutierte die COSAC über Sicherheit und die Bekämpfung der illegalen Migration. Sie nahm Empfehlungen für ein reformiertes Gemeinsames Europäisches Asylsystem, einschließlich einer eigenständigen EU-Asylagentur, an, die auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Verantwortung und Solidarität basiert, und betonte, dass Rückübernahmeabkommen auf nicht diskriminierende Weise gegenüber allen EU-Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden sollten.

5. Außenpolitische Dimension der EU-Politik

Sicherheit und Verteidigung und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) der EU standen ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung der interparlamentarischen Debatten und wurden im Rahmen der EU-PPK in Tallinn, der COSAC und der Interparlamentarischen Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) erörtert.

Die EU-PPK in Tallinn widmete dem Thema europäische Sicherheit und Verteidigung eine ganze Sitzung. Bei dieser Gelegenheit bekräftigten die Parlamentspräsidenten der EU die Leitprinzipien der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in denen betont wird, dass Europa stärker werden muss. Sie forderten die Mitgliedstaaten auf, in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung enger zusammenzuarbeiten und die GSVP zu stärken, um eine gemeinsame und glaubwürdige Verteidigungskapazität zu schaffen, die die der NATO ergänzt, wobei die Besonderheiten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzelner Mitgliedstaaten beachtet werden. Die Parlamentspräsidenten begrüßten auch die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF).

Die Parlamentspräsidenten betonten, dass durch die Einrichtung der SSZ die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung zwischen den Mitgliedstaaten gestärkt wird, die willens und in der Lage sind, eng zusammenzuarbeiten, und dadurch die Kapazität der EU als internationaler Sicherheitspartner erhöht und so zur Sicherheit der EU-Bürger beigetragen wird.

Die COSAC begrüßte die SSZ ferner als festen Bestandteil der GSVP und als Instrument, um die europäische Verteidigung zu stärken und zu Stabilität und Sicherheit beizutragen.

Auf der interparlamentarischen Konferenz über die GASP und die GSVP in Wien fand ein Meinungsaustausch zu diesem Thema statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Annahme des gemeinsamen Aktionsplans³ und die Tatsache, dass die nationalen Parlamente der EU und das EP die Projekte im Rahmen der SSZ (von denen 17 im Jahr 2018 und weitere 17 im Jahr 2019 eingeleitet werden sollten) stärker überwachen müssen und im Rahmen der militärischen Mobilität mehr hybride Projekte gefördert werden müssen.

Auch Stabilität und Wohlstand in den östlichen und südlichen Nachbarländern der EU und insbesondere auf dem Westbalkan standen im Mittelpunkt zahlreicher interparlamentarischer Debatten im Laufe des Jahres 2018. Die EU-PPK betonte, dass Erweiterung eine wesentliche Strategie der EU bleiben sollte und dass sie auf der Achtung der Werte der EU, der strikten Einhaltung der Kriterien für die Mitgliedschaft und der Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten basieren sollte. Die Parlamentspräsidenten machten auch warnend darauf aufmerksam, dass es angesichts der zunehmenden Einflussnahme von außen auf dem Westbalkan von größter Bedeutung sei, dass die EU weiterhin ihre Werte und Interessen in der Region schützt.

³ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über den Aktionsplan zur militärischen Mobilität (JOIN(2018)0005).

Die COSAC bekräftigte in ihren Sitzungen in Sofia und Wien auch ihre Unterstützung für die Entwicklung einer konkreten EU-Perspektive mit messbaren Ergebnissen für den Westbalkan im Einklang mit der Leistung der einzelnen Länder und auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Grundsätze.

6. Die Europawahl, ein entscheidender Moment in der europäischen Demokratie

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 23. bis 26. Mai 2019 ist nicht nur für die Zusammensetzung und die politische Ausrichtung des neuen Europäischen Parlaments und die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten, sondern auch für die künftige politische Entwicklung in Europa von besonderer Bedeutung.

Sowohl die EU-PPK als auch die COSAC hoben hervor, wie wichtig es ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger – insbesondere durch Wahlen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene – aktiv am politischen Leben beteiligen. Die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament haben alle europäischen Bürger dazu angehalten, ihre demokratischen Rechte auf allen Ebenen wahrzunehmen und auch ihr Wahlrecht bei der nächsten Europawahl zu nutzen.

Angesichts der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament würdigte die COSAC die Bemühungen der EU-Organe um eine Stärkung der demokratischen Resilienz in Europa. Zu den wichtigen Maßnahmen, um neuen Arten von Bedrohungen für freie und faire Wahlen wirksam zu begegnen, zählen die Gewährleistung der Transparenz politischer Werbung im Internet, die Bekämpfung von Desinformationskampagnen, die Verbesserung der Vorschriften für die Finanzierung europäischer Parteien und die Erhöhung der Cybersicherheit.

Das Europäische Parlament führt eine institutionelle Informationskampagne, um die Bürger für ihre Rechte zu sensibilisieren und sie dazu anzuhalten, ihre demokratischen Rechte, einschließlich des Wahlrechts, zu nutzen. Die Kampagne 2019 mit dem Titel „Diesmal wähle ich“ baut auf der Unterstützung und dem Engagement von Freiwilligen auf, die sich dafür einsetzen, mehr Menschen für die Teilnahme an der Europawahl zu gewinnen. Diese Kampagne wurde den in Brüssel ansässigen Vertretern der nationalen Parlamente im Juli 2018 vorgestellt.

7. Besserer Schutz personenbezogener Daten in der EU

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)⁴ ist ein Beispiel von vielen für sehr wichtige Rechtsvorschriften der EU, die 2018 eingehend mit Mitgliedern der nationalen Parlamente erörtert wurden.

Am 15. Mai 2018, dem Vorabend des Inkrafttretens des Datenschutzpakets, lud das EP Mitglieder der nationalen Parlamente der EU zu einer interparlamentarischen Ausschusssitzung ein, um die neue Verordnung im Hinblick auf die Sicherheit der Bürger und die Rolle der nationalen Parlamente der EU bei der Umsetzung dieser neuen EU-Verordnung zu erörtern. Im Rahmen sehr lebhafter Aussprachen teilten Abgeordnete ihre Bedenken hinsichtlich der Umsetzung der DSGVO in ihren Mitgliedstaaten (große Unternehmen versus kleine und mittlere Unternehmen, Fehlen harmonisierter Leitlinien) mit und tauschten in einigen Ländern bestehende bewährte Verfahren aus (z. B. zentrale Anlaufstelle, Mitarbeiterschulungen, spezielle Websites). Die Parlamentarier erörterten Empfehlungen für die Zukunft, etwa die Weiterentwicklung von sicheren Algorithmen auf europäischer Ebene, die Überwachung der Umsetzung durch die EU-Organe, eine enge

⁴ Die DSGVO (Verordnung (EU) 2016/679) ist eine Verordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr. Sie ist ein entscheidender Schritt, um die Grundrechte der Bürger im digitalen Zeitalter zu stärken und den Geschäftsverkehr zu erleichtern, indem die Vorschriften für Unternehmen im digitalen Binnenmarkt vereinfacht werden.

Zusammenarbeit mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten und die Vollendung der Annahme der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation.

Auf der interparlamentarischen Ausschusssitzung hielt der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, eine Rede über die Bedeutung dieses Pakets für den Schutz der Grundrechte der EU-Bürger im digitalen Zeitalter. Er unterstützte die Initiative uneingeschränkt, da das Inkrafttreten der Verordnung am 25. Mai 2018 für die Sicherheit der EU-Bürger von entscheidender Bedeutung war, wie der Fall Facebook/Cambridge Analytica vor kurzem verdeutlichte.

In diesem Bericht wird auf Folgendes eingegangen: Die Tätigkeiten der interparlamentarischen Institutionen (Kapitel 1), die interparlamentarischen Konferenzen (Kapitel 2), die interparlamentarische Kontrolle und Bewertung (Kapitel 3), die interparlamentarischen Treffen (Kapitel 4), den legislativen Dialog (Kapitel 5), die Verwaltungsnetze (Kapitel 6) und die Instrumente für die interparlamentarische Zusammenarbeit (Kapitel 7).

1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN

1.1. Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)



Die COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist insofern einzigartig, als sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den rotierenden Ratsvorsitz innehat, spielt bei der Festlegung der Ausrichtung und der Arbeit der COSAC eine führende Rolle. Unterstützt wird sie von einer Vorsitz-Troika, deren ständiges Mitglied das Europäische Parlament ist. Der Vorsitz wird organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, das im EP untergebracht ist und von einem Beamten geleitet wird („Ständiges Mitglied“), der von einem nationalen Parlament entsandt wird. Siehe www.cosac.eu.

Im Jahr 2018 konnte die COSAC sowohl in Bezug auf die Debatten als auch die Atmosphäre wieder an eine traditionellere Gestaltung anknüpfen, nachdem der Brexit und die Zukunft der EU die Konferenzen der beiden vorangegangenen Jahre beherrscht hatten. Sowohl beim bulgarischen Ratsvorsitz (erstes Halbjahr 2018) als auch beim österreichischen Ratsvorsitz (zweites Halbjahr 2018) stand das Thema Brexit zwar auf der Tagesordnung, sie wählten jedoch eine Vielzahl von Themen, die mit den Prioritäten ihres Vorsitzes im Rat der EU im Einklang standen.



Die Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, Danuta Hübner, mit dem Ersten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans (links) und dem Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten und Aufsicht über die europäischen Fonds der bulgarischen Nationalversammlung, Kristian Vigenin (rechts) auf der LIX. Plenarsitzung der COSAC in Sofia (© bulgarische Nationalversammlung).

Der bulgarische Ratsvorsitz legte den Schwerpunkt seines Programms auf Erweiterung und den Westbalkan, die europäische Säule sozialer Rechte und die Kohäsionspolitik nach 2020. Der Brexit, die Klimapolitik und die Energieunion standen weit oben auf der Tagesordnung des österreichischen Ratsvorsitzes. Bei der Erörterung seiner Errungenschaften wurde jedoch auch den Themen Migration und Sicherheit große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Debatten waren sehr offen und spiegelten unterschiedliche Standpunkte wider.



Im Jahr 2018 war auch Subsidiarität ein wiederkehrendes Thema in der Arbeit der COSAC. Die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“, die sogenannte Timmermans-Taskforce, die Ende 2017 eingerichtet wurde, führte ihre Arbeit im ersten Halbjahr 2018 aus. Das Europäische Parlament war an ihren Verfahren nicht beteiligt (siehe Kapitel 5.2). Die Arbeit der Taskforce wurde in den Sitzungen der COSAC sowie im März 2018 in einer Sitzung der COSAC-Arbeitsgruppe in Brüssel, die vom Europäischen Parlament organisiert wurde, erörtert.

Das Europäische Parlament brachte seinen Standpunkt zur Subsidiarität mit der Annahme von zwei Entschlüssen auf der Grundlage der Berichte des EP von Paulo Rangel⁵ und Mady Delvaux⁶ zum Ausdruck (siehe Kapitel 5.1.3).

Der Bericht der Taskforce vom Juli 2018 und die anschließende Mitteilung der Kommission⁷ vom Oktober 2018 wurden gemischt aufgenommen. Viele Parlamente erwarten jedoch praktische Verbesserungen des Frühwarnsystems (siehe Kapitel 5.1).

Die Frage der Transparenz innerhalb der EU wurde auf der vom österreichischen Parlament vom 18. bis zum 20. November 2018 in Wien organisierten Plenarsitzung der COSAC erörtert. Im Mittelpunkt der Debatte stand insbesondere die Transparenz des Rates der Europäischen Union, wenn er als EU-Gesetzgeber tätig wird.



Die EP-Delegation in der COSAC hat eine offene und fruchtbare Partnerschaft mit den Parlamenten der EU-Ratsvorsitze aufgebaut und konsolidiert. Auch wenn dies keine offizielle Beziehung ist, finden regelmäßig Kontakte im Hinblick darauf statt, gemeinsame Positionen zu finden, die auch für andere nationale Parlamente der EU akzeptabel sind.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Konsolidierung der Beziehungen der EP-Delegation in der COSAC zu dem Parlament, das den EU-Ratsvorsitz innehat.

5 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags (Angenommene Texte, P8_TA(2018)0186).

6 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. April 2018 zu den Jahresberichten 2015 und 2016 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit](#) (Angenommene Texte, P8_TA(2018)0120).

7 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 23. Oktober 2018 mit dem Titel „Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: Stärkung ihrer Rolle in der Politikgestaltung der EU“ (COM(2018)0703).

- Verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit in Form gemeinsamer Standpunkte und Änderungsanträge zum COSAC-Beitrag.

1.2. Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

Die Jahreskonferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) wurde auf der Grundlage der im Jahr 2010 angenommenen Leitlinien von Stockholm geschaffen. Darin ist ein jährliches Treffen vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat zu organisieren ist, der in der zweiten Hälfte des jeweiligen Jahres den Ratsvorsitz innehat, und das während des Frühjahrsratsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Auf der Konferenz werden unverbindliche Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes verabschiedet. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten.

Die EU-PPK wird von der Sitzung der Generalsekretäre der nationalen Parlamente der EU vorbereitet. Siehe www.ipex.eu.

Die jährliche EU-PPK, die am 23./24. April 2018 in Tallinn unter dem Vorsitz von Eiki Nestor, Präsident des estnischen Parlaments Riigikogu, stattfand, war von den Präsidenten der nationalen Parlamente der EU gut besucht. Wolfgang Schäuble, der vor kurzem gewählte Präsident des Deutschen Bundestags, nahm erstmals an der EU-PPK teil. Das Europäische Parlament wurde durch Präsident Antonio Tajani und Vizepräsident Bogusław Liberadzki vertreten.



Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Estland. Antonio Tajani, Präsident des EP, trifft Eiki Nestor, Präsident des estnischen Parlaments Riigikogu © EU-EP

Präsident Tajani war der Hauptredner bei der Eröffnungssitzung. In seiner Ansprache erwähnte er eine Reihe von EP-Plenardebatten über die Zukunft der EU mit Staats- und Regierungschefs als hochrangigen Rednern. Er äußerte den Wunsch, möglichst viele europäische politische

Akteure in die Debatte über die Zukunft der EU einzubeziehen, und rief zu einer engeren interparlamentarischen Zusammenarbeit auf. In Bezug auf den MFR warf er die Frage auf, ob sich die Diskussionen nur auf die Verteilung von Ressourcen oder auch auf die politische Strategie der Union beziehen sollten. Er nannte Migration als eine der dringlichsten Herausforderungen für die EU und sprach die Idee eines „Marshallplans“ für Afrika an. In Bezug auf die europäische Verteidigung betonte Tajani die Notwendigkeit, eine Verteidigungsindustrie und einen europäischen Markt zu entwickeln, die Größenvorteile nutzen und mehr Interoperabilität im Bereich Verteidigung ermöglichen würden. Tajani appellierte an seine Kollegen, die Bürger darin zu bestärken, bei der anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament ihre Stimme abzugeben.

Der estnische Ratsvorsitz, der für die Vorbereitung der Schlussfolgerungen der Konferenz zuständig war, legte in enger Zusammenarbeit mit den Parlamenten der Troika (Slowakei, Österreich und EP) einen Text vor, der durch Zuruf gebilligt wurde.

Im Hinblick auf die Zukunft der EU bekräftigten die Parlamentspräsidenten ihr Bekenntnis zu den Werten, auf die sich die EU stützt, wie Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit. Sie erklärten, dass die EU durch Einheit und Solidarität gestärkt und widerstandsfähiger gemacht werde. Der Brexit und die Gespräche über den anstehenden MFR waren ebenfalls Thema der Debatten, ebenso wie eine Migrationspolitik, die auf einem starken Schutz der Außengrenzen beruhen sollte. Den Parlamentspräsidenten zufolge muss der Schwerpunkt darauf liegen, die Ursachen der Migration vor Ort zu bekämpfen, insbesondere in Afrika, das durch einen europäischen Plan für diesen Kontinent unterstützt werden muss.

In Bezug auf die Bedeutung von Stabilität und Wohlstand in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, insbesondere auf dem Westbalkan, betonten die Parlamentspräsidenten, dass die Erweiterung eine Schlüsselpolitik der EU bleiben sollte. Sie nahmen die zunehmende Einflussnahme von außen auf dem Westbalkan zur Kenntnis und erklärten, dass es von größter Bedeutung sei, dass die EU weiterhin ihre Werte und Interessen in der Region schützt.

Die Debatte über Sicherheit und Verteidigung war die erste dieser Art auf der EU-PPK. In ihren Schlussfolgerungen erklärten die Parlamentspräsidenten, die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte die EU dazu veranlassen, eine gemeinsame und glaubwürdige Verteidigungskapazität zu entwickeln, die die der NATO ergänzt. Sie betonten, dass die zur Verbesserung der Verteidigungszusammenarbeit unternommenen Schritte, wie die Einrichtung der SSZ, die Kapazitäten der EU als internationaler Sicherheitspartner stärken würden, und sprachen sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO aus. Auch die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) wurde begrüßt, und die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, ihre Anstrengungen im Verteidigungsbereich zu verstärken und Kosten und Ressourcen zu bündeln.

Es wurde auch auf die Anfälligkeit gegenüber Cyberbedrohungen und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Reaktion eingegangen. Die Parlamentspräsidenten begrüßten in diesem Zusammenhang die Annahme des Cybersicherheitspakets durch die Kommission.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Gespräche im Rahmen der EU-PPK mit Schwerpunkt auf der Zukunft der EU, Sicherheit und Verteidigung sowie dem MFR;
- Konsolidierung der konstruktiven Rolle des EP bei der Suche nach Kompromissen in kontroversen Debatten.

2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)

2.1. Europäische Parlamentarische Woche, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester

Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (die gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion [Fiskalpakt] eingerichtet wurde) bietet einen Rahmen für Diskussionen und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung der Vertragsbestimmungen und zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten in der EU und dem Europäischen Parlament zu stärken. Zudem trägt die Konferenz dazu bei, die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Haushaltspolitik in der EU, vor allem in der Wirtschafts- und Währungsunion, sicherzustellen, ohne die soziale Dimension aus den Augen zu verlieren oder die Zuständigkeiten der nationalen Parlamente oder des EP zu beschneiden.

Die Konferenz zum Europäischen Semester bietet Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Europäischen Semesters. Darüber hinaus eröffnen sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Semesters.

Gemeinsam bilden diese beiden Konferenzen die Europäische Parlamentarische Woche (EPW), bei der Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammenkommen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern. Die beiden Konferenzen haben einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Zusammenarbeit und haben sich zu echten Foren für interparlamentarische Debatten in diesen zunehmend wichtigen Politikbereichen entwickelt.

Die Europäische Parlamentarische Woche 2018 fand am 19./20. Februar 2018 in Brüssel statt und wurde von 132 Mitgliedern der nationalen Parlamente besucht. Bis auf eines waren alle nationalen Parlamente der EU vertreten. Außerdem waren Beobachter aus den EU-Bewerberländern Albanien, Montenegro, Serbien und Türkei sowie besondere Gäste aus Norwegen und der Schweiz anwesend. Diese sehr hohe Teilnehmerzahl ist einer der Aspekte, die die EPW im Jahr 2018 zu einem Erfolg gemacht haben.

Wie in den vergangenen Jahren fand die Veranstaltung im Europäischen Parlament in Brüssel statt und wurde gemeinsam mit dem Parlament des Mitgliedstaats organisiert, der den Vorsitz im Rat der EU innehatte; 2018 war dies das bulgarische Parlament. Die Vertreter waren eingeladen, über wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Prioritäten zu diskutieren und einen Meinungsaustausch darüber zu führen. Zu den Themen, die auf der Konferenz zum Europäischen Semester erörtert wurden, gehörten die politischen Prioritäten des Europäischen Semesters für 2018, die Zukunft der Fiskalpolitik der EU, die Bankenunion, die Digitalisierung der Arbeit, die Reform des Eigenmittelsystems der EU und der künftige mehrjährige Finanzrahmen.

Die Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU befasste sich mit der Stärkung und der Widerstandsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Rolle der Parlamente im künftigen Europäischen Währungsfonds. Zu den Rednern zählten der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, der Vorsitzende des Ausschusses

für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, Roberto Gualtieri, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Jean Arthuis, der für den Euro und den sozialen Dialog zuständige Vizepräsident der Kommission, Valdis Dombrovskis, und der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Mário Centeno.



Die Europäische Parlamentarische Woche fand am 19./20. Februar 2018 in Brüssel statt. © EU-EP

Als halbjährlich stattfindende interparlamentarische Konferenz wurde die zweite Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union 2018 vom österreichischen Parlament im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes am 17./18. September 2018 in Wien organisiert. Im Mittelpunkt der IPK stand der Meinungsaustausch zu den folgenden vier Themen:

1. Umsetzung des EU-Rahmens für die haushaltspolitische Steuerung;
2. Investitionen, Innovation und Bildung als Triebfedern für ein wettbewerbsfähigeres Europa;
3. Bekämpfung von Steuerhinterziehung;
4. Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Wolfgang Sobotka, Präsident des österreichischen Nationalrats, Inge Posch-Gruska, Präsidentin des österreichischen Bundesrates, und Karlheinz Kopf, Obmann des Finanzausschusses des österreichischen Nationalrats, hießen auf der zweitägigen Konferenz 172 Mitglieder von Parlamenten willkommen, die 26 Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament, Norwegen und die Türkei vertraten.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Nach Rückmeldungen sowohl der nationalen Parlamente der EU als auch der verschiedenen für die Organisation der Veranstaltung zuständigen Verwaltungsdienststellen des EP zur Auflage 2017 wurde beschlossen, die Konferenz zum Europäischen Semester und die IPK SWKS nicht mehr formell zu trennen. Infolgedessen wurden beide Konferenzen vom EP und

vom bulgarischen Parlament gemeinsam ausgerichtet, und das Gesamtprogramm wurde auf anderthalb Tage verdichtet.

2.2. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP), die 2012 mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU geschaffen wurde, ist eine wichtige Plattform für interparlamentarische Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von Parlamentariern aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem entscheidenden Politikbereich ergänzt wird.

2018 fanden die 12. und die 13. IPK GASP/GSVP in Sofia (15.-17. Februar) und Wien (11./12. Oktober) statt. Die Delegationen des EP zu beiden Konferenzen bestanden aus Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und wurden von David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, geleitet.



Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP) in Wien, 11./12. Oktober 2018 © Österreichischer Ratsvorsitz

Während der IPK GASP/GSVP, die im Rahmen des bulgarischen Ratsvorsitzes organisiert wurde, standen folgende Themen im Mittelpunkt:

1. Prioritäten und Strategien der EU in den Bereichen GASP und GSVP;
2. Beschleunigung der Reformen im Hinblick auf eine europäische Perspektive für den Westbalkan;
3. GSVP – Umsetzung der Globalen Strategie der EU;
4. Stand der Dinge in der Schwarzmeerregion.

Der strategischen Energie- und Verkehrsanbindung auf dem Westbalkan, der Donaustrategie und den Beziehungen zwischen der EU und China waren jeweils eigene Workshops gewidmet. In ihrer ausführlichen gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Ko-Vorsitzenden die Bedeutung der Förderung der gemeinsamen Interessen der EU-Bürger sowie der Werte und Grundsätze der EU durch die Globale Strategie der EU und betonten, dass eine wirksame Umsetzung dieser Strategie ein starkes Engagement und Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten und der EU-Organen erfordern würde.

Im zweiten Halbjahr 2018 fanden bei der Konferenz auf Initiative des österreichischen Parlaments Gespräche und ein Meinungsaustausch zu Themen wie Sicherheit, Migration und Kontrolle der Außengrenzen, dem europäischen Beitrag zur Verbesserung der politischen und humanitären Lage in Syrien sowie dem Westbalkan und seiner europäischen Perspektive statt. Auf der Konferenz wurden spezifische Workshops zu folgenden Themen veranstaltet:

1. Die Zukunft des Nuklearabkommens mit dem Iran nach dem Rückzug der USA;
2. Erleichterung der militärischen Mobilität in der EU im Rahmen der SSZ;
3. die OSZE⁸: ein wichtiger Partner im Ost-West-Dialog.

Die Hohe Vertreterin der EU, Federica Mogherini, wandte sich im Rahmen der Eröffnungssitzung per Videokonferenz an die Delegierten. An ihre Einführung zu aktuellen und laufenden Tätigkeiten der EU im Bereich GASP und GSVP schloss sich eine interaktive Debatte mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente an.

In ihrer abschließenden gemeinsamen Erklärung erinnerten die Ko-Vorsitzenden an die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration, der Kohärenz zwischen der Außen- und Innenpolitik der EU sicherstellt, alle Migrationsrouten umfasst und auf Solidarität, der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte, der Einhaltung des Völkerrechts und der Achtung der Werte, auf denen die EU gegründet wurde, beruht.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Der IPK GASP/GSVP ist es gelungen, eine zentrale und entscheidende Veranstaltung zu bleiben, auf der Parlamentarier aus Europa zusammenkommen, die wichtige politische Entscheidungsträger in der Außenpolitik sind, und auf der aktuelle Themen im Zusammenhang mit der außen- und sicherheitspolitischen Agenda erörtert werden können.
- Die IPK-Sitzungen wurden per Webstreaming übertragen und Videos wurden im Internet zur Verfügung gestellt.

8 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE UND BEWERTUNG IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS

3.1. Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol: ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle

EUROPOL

Artikel 88 AEUV erlaubt es den nationalen Parlamenten erstmals, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine EU-Agentur zu kontrollieren, die im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts tätig ist. Auf der Grundlage der am 1. Mai 2017 in Kraft getretenen Europol-Verordnung wurde der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol eingerichtet, um sicherzustellen, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Der GPKA wird eine wesentliche Rolle dabei spielen, „die politische Kontrolle der Tätigkeiten Europols bei der Erfüllung ihres Auftrags [durchzuführen], einschließlich hinsichtlich der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen“.

Der GPKA hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: in der ersten Jahreshälfte beim Parlament des Landes, das den rotierenden Vorsitz im Rat der EU innehat, und in der zweiten Jahreshälfte beim Europäischen Parlament.



Dritte Sitzung des GPKA für Europol – Erläuterung der Prioritäten des GPKA durch die Vorsitz-Troika 2018-2019 © EU-EP

Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) spielte bei der Einrichtung des GPKA eine entscheidende Rolle. Sie betraute den GPKA selbst damit, über seine Organisation

und Geschäftsordnung zu entscheiden. Die konstituierende Sitzung des GPKA fand am 9./10. Oktober 2017 in Brüssel statt. Die Geschäftsordnung wurde auf der zweiten Sitzung des GPKA, die am 18./19. März 2018 unter dem bulgarischen Ratsvorsitz in Sofia stattfand, einvernehmlich angenommen.

Durch die Geschäftsordnung wird sichergestellt, dass das EP und die nationalen Parlamente der EU gleichberechtigt sind und die Vertraulichkeit operativer Informationen gewahrt wird. Ihre wichtigsten Bestimmungen betreffen die Zusammensetzung des GPKA, die Häufigkeit der Sitzungen, die Koordinierungsfunktion der Vorsitz-Troika, das Recht des GPKA auf Information durch die Übermittlung von Dokumenten, das Recht, sowohl mündliche als auch schriftliche Anfragen an Europol zu stellen, die Annahme der zusammenfassenden Schlussfolgerungen des GPKA und die Möglichkeit, Untergruppen einzurichten. Es wurde eine Einigung über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe des GPKA zur Vertretung Dänemarks bei Sitzungen des GPKA erzielt.

Im Jahr 2018 kam es zu einer klaren Verlagerung des Schwerpunkts von verfahrenstechnischen zu inhaltlichen Fragen in Sitzungen des GPKA. Die Diskussionen über eine Reihe noch offener verfahrenstechnischer Fragen, insbesondere über den Status Dänemarks und das Verfahren für die Ernennung des GPKA-Beobachters zu den Sitzungen des Verwaltungsrats von Europol, dauerten jedoch an.

Aus der Geschäftsordnung ergibt sich eine wesentliche Rolle für die nationalen Parlamente der EU im Rahmen der Vorsitz-Troika, insbesondere im Sekretariat, bei der Festlegung der Tagesordnung, der Vorbereitung von Diskussionspapieren und der Ausarbeitung der Schlussfolgerungen der GPKA-Sitzungen. Außerdem ermöglicht der Text den Delegationen, effektiv zur Tagesordnung und zu den Kontrollergebnissen beizutragen. Er sieht das Recht vor, Fragen zu stellen, und stellt gleichzeitig ein praktikables Szenario für Europol und seine Dienste sicher. Es wurde eine Überprüfungsklausel aufgenommen, und der Text sieht die Möglichkeit vor, Untergruppen einzusetzen, in denen die Beteiligung aller Kammern und Parlamente an den Kontrolltätigkeiten sichergestellt ist.

Die Berichterstattung über die Tätigkeiten von Europol steht standardmäßig auf der Tagesordnung des GPKA, wobei sich der Exekutivdirektor von Europol, der Vorsitzende des Verwaltungsrates von Europol und der GPKA-Beobachter an den Sitzungen des Verwaltungsrats daran beteiligen.

Bisher fand nur ein Treffen entsprechend der neuen Geschäftsordnung statt, nämlich die dritte Sitzung des GPKA am 24. und 25. September 2018 in Brüssel. In der Sitzung legte der GPKA seine Prüfungsprioritäten für den Zeitraum 2018-2019 fest. Das finnische Parlament, ein neu zur Troika hinzukommendes Mitglied, wurde im Interesse einer reibungslosen Vorbereitung seines Mandats in die Diskussionen der Troika zu diesem Punkt einbezogen.

Das für die Sicherheitsunion zuständige Kommissionsmitglied wird regelmäßig als Hauptredner eingeladen. 2018 sprach Kommissar Julian King bei beiden Gelegenheiten vor dem GPKA.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Die Vorsitz-Troika bekräftigte ihre Rolle bei der Festlegung der Agenda in vollem Umfang, und es gab einen intensiven Austausch zu relevanten Themen wie Cybersicherheit, Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen, Bekämpfung von Finanzkriminalität, Vermögensabschöpfung und Geldwäsche.
- Im Einklang mit der in Artikel 51 Absatz 2 Buchstabe c der Europol-Verordnung festgelegten Verpflichtung erfolgte im Rahmen der zweiten und dritten Sitzung der GPKA eine förmliche Konsultation des GPKA zum mehrjährigen Programmplanungsdokument für Europol 2019-2021. Die Mitglieder des GPKA übermittelten im Vorfeld der Aussprache eine begrenzte Anzahl schriftlicher Stellungnahmen.

- Bisher haben zwei Parlamentskammern ihr Recht auf schriftliche Anfragen an Europol wahrgenommen. Es wurden ausführliche zusammenfassende Schlussfolgerungen mit genauen Angaben zu den Tätigkeiten des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses angenommen. Es wurde eine Arbeitsgruppe des GPKA zur Vertretung Dänemarks in den Sitzungen des GPKA eingesetzt, die aus der Vorsitz-Troika und dem dänischen Parlament besteht.

3.2. Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU werden in den nächsten zwei Jahren ihre gemeinsame parlamentarische Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust festlegen, wie in Artikel 85 AEUV vorgesehen. Seit seiner Einrichtung im Jahr 2002 hat sich Eurojust als Einrichtung der EU zu einem wichtigen Akteur bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen entwickelt. Mit dem AEUV wurde eine neue Rechtsgrundlage für die künftige Entwicklung von Eurojust geschaffen. Im November 2018 nahmen das EP und der Rat eine neue Verordnung über Eurojust⁹ an, um einen einheitlichen und überarbeiteten Rechtsrahmen für eine neue vollwertige Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) zu schaffen, die Rechtsnachfolgerin von Eurojust ist.

Mit der Eurojust-Verordnung werden ein neues Governance-System eingeführt, das Verhältnis zwischen Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) präzisiert, ein neues Datenschutzregime vorgeschrieben, neue Vorschriften für die Außenbeziehungen von Eurojust erlassen und die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU bei der demokratischen Kontrolle der Tätigkeiten von Eurojust gestärkt.

Um die Transparenz und die demokratische Kontrolle von Eurojust zu verbessern, sieht die überarbeitete Verordnung einen Mechanismus für die gemeinsame Bewertung der Tätigkeit von Eurojust durch das EP und die nationalen Parlamente der EU vor. Die Bewertung sollte unter Beteiligung der Mitglieder der zuständigen Ausschüsse des EP und der nationalen Parlamente der EU im Rahmen einer interparlamentarischen Ausschusssitzung in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel stattfinden. Bei dieser interparlamentarischen Ausschusssitzung sollten die Unabhängigkeit von Eurojust in Bezug auf Maßnahmen, die in spezifischen operativen Fällen ergriffen werden, sowie die Diskretions- und Vertraulichkeitspflichten uneingeschränkt gewahrt werden.

Die Eurojust-Verordnung trat im Dezember 2018 in Kraft, wird jedoch erst im Dezember 2019 Anwendung finden, sodass Eurojust und die Mitgliedstaaten sich auf die Anwendung der neuen Bestimmungen vorbereiten können. Die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Erörterung der Tätigkeiten von Eurojust wird 2020 stattfinden¹⁰.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz im Bereich Justiz und Inneres: die in der Eurojust-Verordnung vorgesehene interparlamentarische Bewertung; Berichtspflichten und Anhörungen vor den nationalen Parlamenten der EU auf deren Antrag gemäß der Verordnung über die Europäische Staatsanwaltschaft; und der GPKA für Europol.

⁹ Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 138).

¹⁰ Der künftige finnische Ratsvorsitz wurde von der EU-PPK in Wien 2019 aufgefordert, ein Konsensdokument für die interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust zu erarbeiten, und zwar in Bezug auf Aspekte, die nicht unter die Verordnung (EU) 2018/1727 fallen, damit die Konferenz der Parlamentspräsidenten 2020 in Helsinki in diesen Punkten zu Schlussfolgerungen gelangen kann.

4. INTERPARLAMENTARISCHE TREFFEN

4.1. Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM)

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments organisieren jährlich bis zu 20 interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU einladen, um gezielte Aussprachen zu führen. Weitere interparlamentarische Treffen werden vom Parlament des Mitgliedstaats organisiert, der den Ratsvorsitz innehat.

ICM haben sich als wesentliches Element der interparlamentarischen Zusammenarbeit erwiesen. Sie bieten Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der nationalen Parlamente der EU ein Forum für einen Meinungsaustausch über legislative und politische Themen von gemeinsamem Interesse. Sie tragen zu einer besseren Rechtsetzung und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei. ICM werden auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments und mit Unterstützung der Direktion organisiert.

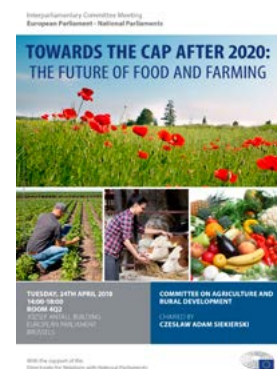
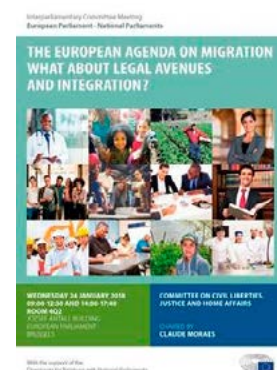
Im Jahr 2018 wurden von dreizehn verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen insgesamt 17 ICM organisiert, wodurch es zu Debatten zwischen 555 Abgeordneten nationaler Parlamente und 369 Mitgliedern des Europäischen Parlaments kam.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) organisierte 2018 fünf ICM. Im Mittelpunkt einer ICM zur Reaktion der EU auf die aktuellen Migrationsherausforderungen standen Vorschläge zur Bekämpfung der irregulären Migration, zur Stärkung des Grenzmanagements, zur Stärkung der gemeinsamen Asylpolitik und zur Einleitung einer neuen Politik im Bereich der legalen Migration. Die ICM zu den Globalen Pakten der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und Migration trug zur Entwicklung eines Standpunkts des EP für die Verhandlungen über die beiden Pakte bei. Das EP nahm später, im April 2018, eine Entschließung zu den Migrationspakten an.¹¹

Am Vorabend der Anwendung des Datenschutzpakets lud der LIBE-Ausschuss die nationalen Parlamente der EU zu einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zu dessen Umsetzung ein. Das Ziel dieses Pakets besteht darin, die Unionsbürger in einer zunehmend datengesteuerten Welt vor Verstößen gegen den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre zu schützen. Darüber hinaus hielt der LIBE-Ausschuss eine interparlamentarische Ausschusssitzung zu Grundrechtsfragen im Zusammenhang mit der Integration der Roma und zur Bekämpfung des Antiziganismus ab.

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) organisierte seine jährliche ICM anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März. Im Jahr 2018 wurde auf dieser ICM die Bedeutung der Rolle hervorgehoben, die Frauen in den Bereichen Medien und Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) spielen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) veranstaltete eine ICM mit dem Titel „Auf dem Weg zur GAP für die



11 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. April 2018 zu dem Fortschritt bei den globalen Pakten der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und für Flüchtlinge](#) (Angenommene Texte, P8_TA(2018)0118).

Zeit nach 2020: Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“, um im Vorfeld der Mitteilung der Kommission zu diesem Thema einen Meinungs austausch zu organisieren.

Anlässlich des Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018 organisierte der Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) als Folgemaßnahme zu der hochrangigen Konferenz zum Thema „Europäisches Kulturerbe“, die als Plattform für Diskussionen über das langfristige Vermächtnis der Initiative dienen sollte, eine ICM zu diesem Thema.

Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN) veranstaltete eine ICM zum Thema „Investitionen der EU in ihre Verkehrsnetze nach 2020“, um bewährte Verfahren bei der Umsetzung von TEN-V-Projekten zu erörtern. Besondere Aufmerksamkeit galt den grenzüberschreitenden Verbindungen, die einen europäischen Mehrwert bieten, und den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nach 2020.

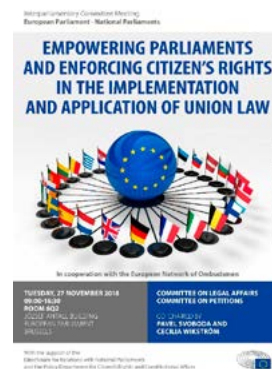
Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) organisierte eine interparlamentarische Ausschusssitzung zum Stand der Debatte über die Zukunft Europas. Sein wichtigstes Ziel war es, die institutionellen und politischen Entwicklungen im Anschluss an die Annahme von drei Entschlüssen¹² zu beurteilen, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Vorschläge anderer Organe und Mitgliedstaaten zu erstellen und die Prioritäten des EP in der aktuellen Debatte vorzustellen.

Zur Vorbereitung der Ausarbeitung des Berichts über die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der EU für 2017¹³ brachte der Haushaltskontrollausschuss (CONT) Mitglieder der nationalen Parlamente Bulgariens, Griechenlands, Kroatiens und der Türkei mit MdEP zusammen, um eine mögliche Zusammenarbeit im Hinblick auf einen besseren Schutz des EU-Haushalts zu erörtern.

Im Rahmen der Menschenrechtswoche im Europäischen Parlament hielt der Unterausschuss Menschenrechte (DROI) eine interparlamentarische Ausschusssitzung zu dem Thema „Menschenrechte und das auswärtige Handeln der EU und der Mitgliedstaaten“¹⁴ ab. Die Teilnehmer der nationalen Parlamente der EU nahmen später auch an der hochrangigen Konferenz zum 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte teil.

Der Rechtsausschuss (JURI) und der Petitionsausschuss (PETI) führten auf einer interparlamentarischen Ausschusssitzung mit dem Titel „Stärkung der Parlamente und Stärkung der Rechte der Bürger bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts“ gemeinsame Aussprachen über die Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts auf nationaler Ebene sowie über die wichtige Rolle von Bürgerbeauftragten und von Petitionen bei der Aufdeckung von Verstößen gegen das Unionsrecht.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) führte eine Aussprache mit den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente über die länderspezifischen Empfehlungen, den Entwurf eines Berichts über



12 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 2017 zur Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon \(ABl. C 252 vom 18.7.2018, S. 215\).](#)
[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 2017 zu möglichen Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union \(ABl. C 252 vom 18.7.2018, S. 201\).](#)
[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 2017 zu der Haushaltskapazität für das Euro-Währungsgebiet \(ABl. C 252 vom 18.7.2018, S. 235\).](#)

13 Entwurf eines Berichts über die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017, Einzelplan III – Kommission und Exekutivagenturen.

14 Weitere Informationen zu interparlamentarischen Treffen im Bereich des auswärtigen Handelns der EU finden Sie im nächsten Kapitel (4.2).

die Umsetzung der Prioritäten des Europäischen Semesters 2018 und die Prioritäten für den Jahreswachstumsbericht 2019¹⁵.

Eine Liste aller interparlamentarischen Treffen, die die Ausschüsse des Europäischen Parlaments 2018 organisiert hat, sowie detaillierte Statistiken finden Sie im Anhang II.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Anstieg der Zahl der EP-Ausschüsse, die ICM organisierten, von 9 im Jahr 2017 auf 13 im Jahr 2018, was einer Zunahme um 44 % gegenüber 2017 entspricht.

4.2. Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich der Außentätigkeit der EU

Aufbauend auf dem umfassenden Fachwissen, das im Rahmen einer Zusammenarbeit auf Ausschussebene entwickelt wurde, leistete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten im Jahr 2018 bei zwei wichtigen Veranstaltungen im Bereich der Außentätigkeit der EU Unterstützung und erleichterte die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU. Im Gegensatz zu den ICM kam der Anstoß für diese Veranstaltungen nicht von den Ausschüssen des EP, sondern von den Delegationen und der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen.

4.2.1. Das zehnte Treffen im Rahmen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP 10)



10. Treffen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP 10) am 27. September 2018 ©EU-EP

Die Parlamentarische Partnerschaft Asien-Europa (ASEP) ist die parlamentarische Dimension des politischen Dialogs zwischen Asien und Europa, mit der die Beziehungen zwischen Europa und Asien vertieft werden sollen. Das sichtbarste Element dieses Dialogs ist traditionell das alle zwei Jahre stattfindende Asien-Europa-Treffen (ASEM), ein 1996 erstmals organisierter zwischenstaatlicher

¹⁵ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2019 mit dem Titel „Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2019“ (angenommene Texte, P8_TA(2019)0201).

Gipfel. Die ASEP stellt im Vorfeld dieses Gipfeltreffens parlamentarische Beiträge und Netzwerke zur Verfügung, um das Verfahren zu erleichtern. Da eines der Ziele der ASEP darin besteht, Einfluss auf die Tagesordnung des ASEM zu nehmen, findet die ASEP gewöhnlich am gleichen Ort wie das Gipfeltreffen, aber etwas früher statt. 2018 fand das 10. ASEP-Treffen (ASEP 10) am 27. und 28. September in Brüssel statt. Erstmals wurde es vom Europäischen Parlament ausgerichtet.

An der von den EP-Delegationen für Asien und für Australien und Neuseeland organisierten ASEP 10 waren die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und zahlreicher anderer Länder wie der Russischen Föderation, Chinas, Indiens, Australiens, der Philippinen und Kasachstans beteiligt. An dem Treffen nahmen etwa 280 Personen teil, darunter etwa 150 Mitglieder von 38 nationalen Parlamenten. Von den Teilnehmern nationaler Parlamenten waren 36 Mitglieder der nationalen Parlamente der EU oder des norwegischen Parlaments.

Der Schwerpunkt der ASEP 10 lag auf dem Klimawandel und den ökologischen Herausforderungen, die als Priorität für den Planeten gelten müssen. Während der Sitzung fanden drei Podiumsdiskussionen zu den Auswirkungen von Klimawandel und ökologischen Herausforderungen auf Sicherheit, Migration und Wirtschaft statt. Die von den Teilnehmern der ASEP 10 vereinbarte Abschlusserklärung wurde dem 12. ASEM-Gipfeltreffen vorgelegt, das am 18. und 19. Oktober 2018 in Brüssel stattfand.

4.2.2. Die hochrangige Konferenz über die Zukunft der internationalen Wahlbeobachtung

Die hochrangige Konferenz über die Zukunft der internationalen Wahlbeobachtung fand am 10. und 11. Oktober 2018 statt und wurde gemeinsam von der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen (DEG) des EP und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) organisiert. An der Konferenz nahmen etwa 380 Teilnehmer teil, darunter 22 Mitglieder der nationalen Parlamente der EU und des Schweizer Parlaments.



Hochrangige Konferenz über die Zukunft der internationalen Wahlbeobachtung: (von links nach rechts) Cessouma Minata Samate, Kommissarin für politische Angelegenheiten der Afrikanischen Union, Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU, Roger Nkodo Dang, Vorsitzender des Panafrikanischen Parlaments, und Mairead McGuinness, Vizepräsidentin des EP mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten © EU-EP

Ziel dieser Veranstaltung war es, eine Bestandsaufnahme aller Entwicklungen, Herausforderungen und wichtigsten Fragen vorzunehmen, die sich derzeit bei der internationalen Wahlbeobachtung stellen, wobei Afrika, der Konfliktprävention und der Beobachtung von Parlamentswahlen

besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Die nationalen Parlamentarier waren aufgefordert, alle Bemühungen um die Annahme eines klaren Verhaltenskodexes für die Beobachtung von Parlamentswahlen zu unterstützen, und zwar entweder innerhalb der verschiedenen parlamentarischen Versammlungen oder auf Ebene der nationalen Parlamente in der gesamten EU.

Die ASEP 10 und die hochrangige Konferenz bestätigten, dass sowohl vonseiten des EP als auch vonseiten der nationalen Parlamente der EU ein wachsendes Interesse an interparlamentarischer Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU besteht. Da dieser Trend sich in den kommenden Jahren fortsetzen dürfte, ist die Direktion dafür gerüstet, die Beziehungen zwischen den jeweiligen Gremien und Diensten des EP und der nationalen Parlamente der EU zu erleichtern, um weitere Synergien zwischen allen relevanten Gesprächspartnern zu entwickeln.

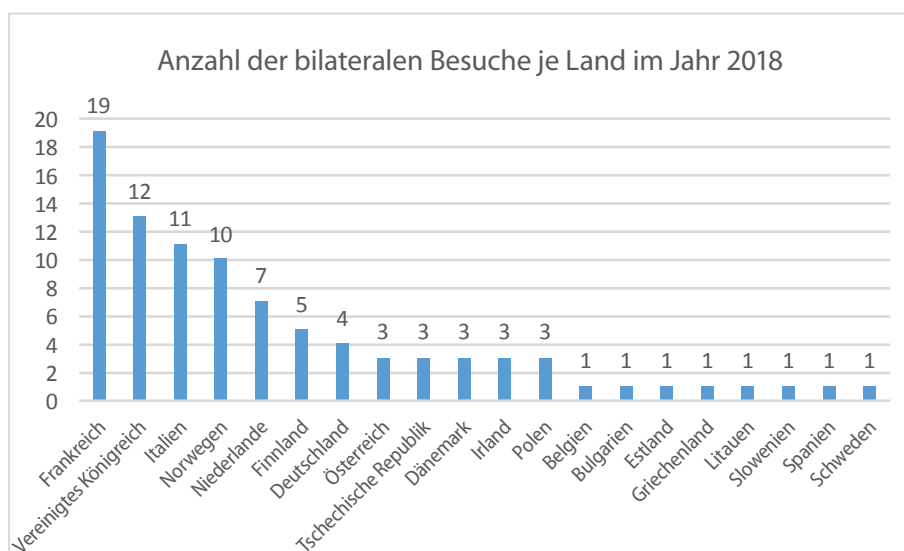
Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Das Entstehen einer interparlamentarischen Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und des Kapazitätsaufbaus;
- Ein wachsendes Verständnis für die Notwendigkeit, die Tätigkeiten der Parlamente in der EU – sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene – in multilateralen Foren zu koordinieren, um eine größere Wirkung zu erzielen.

4.3. Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament

Bei bilateralen Besuchen handelt es sich um ein sich beständig weiterentwickelndes Instrument und Format für den interparlamentarischen Dialog zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente und dem Europäischen Parlament. Dieses Format bietet einen sehr zielgerichteten, maßgeschneiderten und flexiblen, kosten- und zeitsparenden Rahmen. Es ermöglicht die Erörterung von Fragen, die für die einzelnen nationalen Parlamente von Belang sind.

Die Anzahl der bilateralen Besuche nimmt weiter zu- ein neuer Trend, der sich fortsetzen dürfte. 2018 wurde mit insgesamt 90 Besuchen¹⁶ eine Rekordzahl an Besuchen durchgeführt.



¹⁶ Es gab einen multilateralen Besuch, an dem Deutschland und Frankreich beteiligt waren.

Die meisten Besuchsfragen gingen von der französischen Nationalversammlung (19) und dem Parlament des Vereinigten Königreichs (12) ein. Im Mittelpunkt der Besuche des Parlaments des Vereinigten Königreichs stand im Wesentlichen der Brexit.

Die Besuche der französischen Delegationen fanden im Zusammenhang mit der Unterstützung einer umfassenden parlamentarischen Reform in Frankreich statt.

Die Verhandlungen über den Brexit hatten 2018 offenkundig Auswirkungen auf die Themen und die Häufigkeit der bilateralen Besuche.

Das norwegische Parlament bekräftigte sein Interesse an der EU und dem EP, indem es 2018 zehn Delegationen zu Besuchen bei verschiedenen Gremien und Vertretern des EP entsandte. Das Interesse des norwegischen Parlaments ist auch im Zusammenhang mit dem Brexit zu sehen, da das norwegische Modell oder die Möglichkeit des Beitritts des Vereinigten Königreichs zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), d. h. dem internationalen Abkommen, das die Ausweitung des Binnenmarkts der Europäischen Union auf Nicht-EU-Staaten ermöglicht, 2018 als mögliche Option für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich genannt wurde.

Besuche für Abgeordnete und Mitarbeiter werden im Rahmen des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Vorsitzes für die Parlamente der Länder durchgeführt, die als Nächste den Ratsvorsitz der EU übernehmen (siehe Kapitel 7.3). 2018 organisierte die Direktion einen maßgeschneiderten Studienaufenthalt für den rumänischen Senat und die rumänische Abgeordnetenversammlung zur Vorbereitung des rumänischen Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2019.

Die Direktion organisiert auf Anfrage zuweilen Studienaufenthalte zum Kapazitätsaufbau für die Mitarbeiter von Parlamenten/Kammern, die gerade ihre Organisation anpassen oder modernisieren und Interesse an der Arbeitsweise des EP bekunden.

Eine ausführliche Liste aller im Jahr 2018 mit Unterstützung der Direktion durchgeführten Besuche der Parlamente der Mitgliedstaaten beim Europäischen Parlament, einschließlich Videokonferenzen, finden Sie in Anhang III.

4.4. Nutzung von Videokonferenzen für den bilateralen Austausch

Videokonferenzen eröffnen neue Möglichkeiten und können die interparlamentarische Zusammenarbeit erleichtern. Das Europäische Parlament kann eine technische Lösung bereitstellen, die Videokonferenzen mit hervorragender Bild- und Tonqualität und Verdolmetschung in mehrere Sprachen ermöglicht. Die Nutzung von Videokonferenzen kann zu einem regelmäßigeren Kontakt zwischen den Parlamentariern beitragen und geht mit Vorteilen wie einer Senkung von Reisezeit und Kosten sowie Umweltfreundlichkeit einher. Insgesamt stellen Videokonferenzen ein kostengünstiges Instrument für die Veranstaltung von Sitzungen dar.

Videokonferenzen zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem EP ermöglichen es den Parlamentariern, längere Zeit regelmäßig zu einem bestimmten Thema in Kontakt zu bleiben oder Diskussionen über aktuelle Themen wie Entwürfe von Rechtsakten zu organisieren. Das Europäische Parlament hat den nationalen Parlamenten auch angeboten, per Videokonferenz an einem seiner turnusmäßigen interparlamentarischen Treffen teilzunehmen, und wird diese Möglichkeit auch künftig so oft wie möglich nutzen.

Damit eine Videokonferenz mit einem nationalen Parlament abgehalten werden kann, muss dieses Parlament über Ausrüstung verfügen, die die gleichen technischen Standards wie die vom EP verwendete Ausrüstung erfüllt. Videokonferenzen wurden im Jahr 2018 in der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem EP

selten genutzt, was wahrscheinlich auf die technischen Beschränkungen zurückzuführen ist. Es wurden sechs Videokonferenzen organisiert, alle mit dem italienischen Parlament.



Videokonferenz im Europäischen Parlament © EU-EP

Videokonferenzen könnten das traditionelle Verfahren interparlamentarischer Treffen ergänzen. Sie haben ein großes Potenzial, und ihre Nutzung wird in der nächsten Wahlperiode des EP deutlich ausgeweitet werden. Die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, die keine kompatiblen Videokonferenzsysteme haben, könnten die Dienste der Verbindungsbüros des EP in den nationalen Hauptstädten für Videokonferenzen mit dem EP in Brüssel und/oder Straßburg nutzen.

5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

5.1. Das Frühwarnsystem und das Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon

Gemäß dem (in Artikel 5 EUV verankerten) Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher auf Unionsebene besser zu erreichen sind. Die nationalen Parlamente achten auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nach dem in jenem Protokoll vorgesehenen Verfahren. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gehen die Maßnahmen der Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinaus.

Mit dem Protokoll Nr. 2 zum EUV über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit wird ein Überprüfungsmechanismus, das Frühwarnsystem (FWS), eingerichtet. Gemäß diesem Mechanismus können die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten der Organe darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.

5.1.1. Frühwarnsystem

Im Rahmen des Frühwarnsystems werden Ausführungen der nationalen Parlamente der EU entsprechend den folgenden Kategorien¹⁷ geprüft:

1. Begründete Stellungnahme: wenn das Dokument unter dieser Bezeichnung eingereicht wurde, innerhalb der in Artikel 6 von Protokoll 2 zum Vertrag von Lissabon¹⁸ genannten Frist von acht Wochen eingegangen ist und die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips betrifft;
2. Beitrag: wenn das Dokument die oben genannten Kriterien nicht erfüllt.

Innerhalb des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss (JURI) für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Zusammenhang mit begründeten Stellungnahmen zuständig.¹⁹

Repräsentiert eine begründete Stellungnahme mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen, muss der Entwurf des Gesetzgebungsaktes überprüft werden („gelbe Karte“). Das Organ, das den Entwurf des Gesetzgebungsaktes verfasst hat, kann beschließen, an dem Entwurf festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen, wobei dieser Beschluss zu begründen ist. Bei Vorschriften im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen liegt die Schwelle niedriger (ein Viertel der Stimmen).

¹⁷ Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene“.

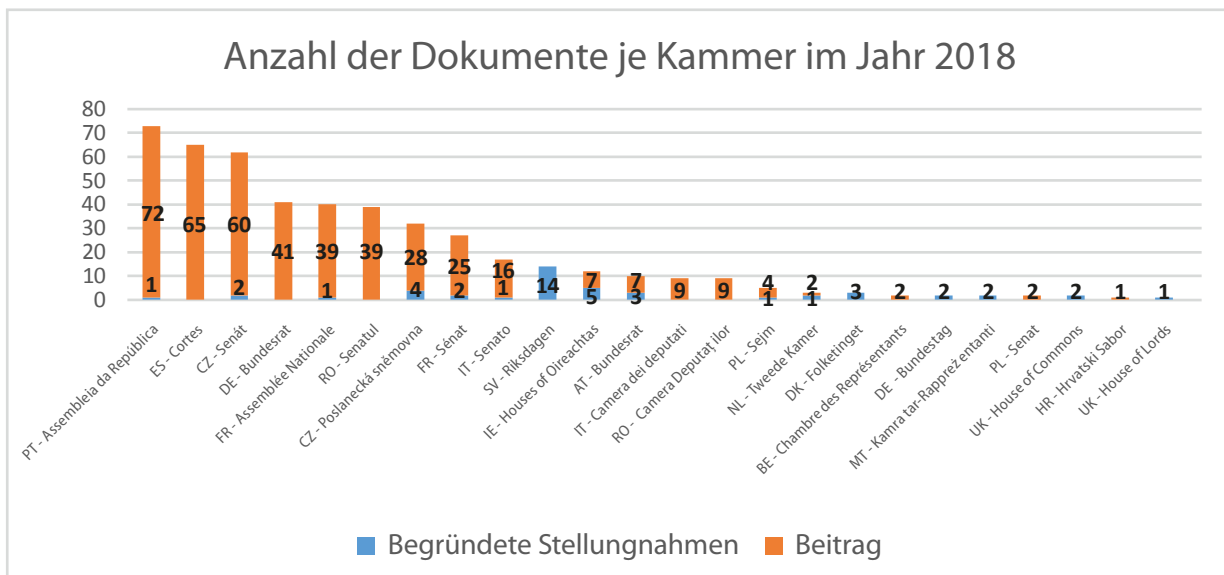
¹⁸ Siehe Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, Artikel 6: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

¹⁹ Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Anlage V Absatz XVI Unterabsatz 1: „Der [Rechtsausschuss] ist zuständig für: die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.“

Stellen die nationalen Parlamente im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mindestens mit einfacher Mehrheit der Stimmen die Übereinstimmung eines Legislativvorschlags mit dem Subsidiaritätsprinzip in Frage und beschließt die Kommission, an ihrem Vorschlag festzuhalten, wird er dem Gesetzgeber (Europäisches Parlament und Rat) vorgelegt. Ist der Gesetzgeber der Ansicht, dass der Legislativvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, kann er ihn mit der Mehrheit von 55 % der Mitglieder des Rates oder einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Europäischen Parlament ablehnen („orangefarbene Karte“). Das Verfahren der „gelben Karte“ wurde bislang dreimal²⁰ ausgelöst, während das Verfahren der „orangefarbenen Karte“ noch nie zum Einsatz gekommen ist.

5.1.2. Ausführungen der nationalen Parlamenten der EU

2018 gingen beim Europäischen Parlament **473** Dokumente der nationalen Parlamente gemäß Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ein. **46** davon waren begründete Stellungnahmen, bei den übrigen **427** handelte es sich um Beiträge. Im Jahr 2017 gingen beim EP 421 Dokumente ein, davon 49 begründete Stellungnahmen und 372 Beiträge. Im Jahr 2018 stieg der Anteil der eingegangenen Dokumente um 12 %.



Anzahl der im Jahr 2018 gemäß dem Protokoll Nr. 2 zum EUV eingegangenen Dokumente je Kammer

2018 haben 16 von 41 Kammern begründete Stellungnahmen abgegeben. Am aktivsten waren das schwedische Parlament (14), das irische Parlament (5) und die tschechische Abgeordnetenversammlung (4). Die meisten Dokumente gingen von der portugiesischen Assembleia da República ein (72), gefolgt von den spanischen Cortes Generales (65) und dem tschechischen Senat (60).

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (1. Dezember 2009) wurden von den nationalen Parlamenten der EU 3 272 Dokumente eingereicht. Davon waren 474 (15 %) begründete

²⁰ Das Verfahren der „gelben Karte“ kam 2012 für einen Vorschlag für eine Verordnung der Kommission betreffend die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit („Monti II“) zum Einsatz. Die Kommission zog schließlich ihren Vorschlag zurück, war aber dennoch der Ansicht, dass kein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vorlag. Das Verfahren wurde erneut 2013 nach der Vorlage des Vorschlags für eine Verordnung zur Schaffung der europäischen Staatsanwaltschaft angewendet. Die Kommission beschloss, [den Vorschlag beizubehalten](#), und führte an, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei. Schließlich wurde es im Jahr 2016 gegen den [Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern](#) erneut angewendet. Die Kommission gab für die Aufrechterhaltung ihres Vorschlags eine ausführliche [Begründung](#) an, in der sie geltend machte, dass es sich bei der Entsendung von Arbeitnehmern definitionsgemäß um einen grenzüberschreitenden Sachverhalt handle und daher nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen werde.

Stellungnahmen, in denen ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip geltend gemacht wird. Die große Mehrzahl (2798 oder 85 %) waren Beiträge, die sich mit dem Inhalt der Entwürfe befassten.

Detaillierte Statistiken über die 2018 eingegangenen begründeten Stellungnahmen und Beiträge finden Sie in Anhang V.

Die nationalen Parlamente der EU haben das Protokoll Nr. 2 im Wesentlichen als Mittel genutzt, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge statt zur Subsidiarität zum Ausdruck zu bringen. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden. Die Direktion stellt den Mitgliedern (insbesondere den Berichterstattern), politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen und Hintergrundinformationen zu den Ausführungen nationaler Parlamente der EU zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang unterhält die Direktion die Online-Datenbank [CONNECT](#), die alle Dokumente umfasst, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten übermittelt wurden (siehe Kapitel 7.1).

5.1.3. State of Play Note (Mitteilung zum aktuellen Stand)

Die Direktion veröffentlicht monatlich eine Mitteilung zum aktuellen Stand der begründeten Stellungnahmen und Beiträge (*State of Play Note*). Diese Mitteilung gibt einen Überblick über alle seit der letzten Mitteilung übermittelten Dokumente und bezieht sich auf alle legislativen Dossiers, die auf der Tagesordnung der nächsten Plenartagung des EP stehen. Die **State of Play Note** ist auch in den Sitzungsunterlagen für die Konferenz der Ausschussvorsitze des EP enthalten, die am Dienstag jeder Plenartagung in Straßburg zusammentritt. Außerdem ist diese Mitteilung auch vor jeder Plenartagung des Europäischen Parlaments auf der Website der Direktion verfügbar.

5.1.4. Entschlüsse des Europäischen Parlaments

Im April 2018 nahm das Europäische Parlament zwei Entschlüsse zum Thema Subsidiarität an.

In seiner [Entschlüsselung vom 19. April 2018 zur Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags \(Berichterstatter: Paulo Rangel\)](#) kommt das Parlament zu dem Schluss, dass die Umsetzung des Rechts der nationalen Parlamente der EU, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu kontrollieren, die Beziehungen zwischen den EU-Organen und den nationalen Parlamenten teilweise verbessert hat. Es betont ferner, dass „die eingeschränkte Nutzung des Verfahrens der ‚gelben Karte‘ darauf hindeuten könnte, dass das Subsidiaritätsprinzip innerhalb der EU im Allgemeinen geachtet wird“. Es weist auch darauf hin, dass „nationale Parlamente sich auch vor der Vorlage eines Legislativvorschlags durch die Kommission im Rahmen von Grün- und Weißbüchern oder der jährlichen Vorstellung des Arbeitsprogramms der Kommission einbringen und mit der Frage der Achtung des Subsidiaritätsprinzips befassen können“.

In der [Entschlüsselung des Europäischen Parlaments zu den Jahresberichten 2015-2016 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit \(Berichterstatterin: Mady Delvaux\)](#), die am 18. April 2018 im Plenum angenommen wurde, wird auf das wachsende Interesse der nationalen Parlamente der EU am Beschlussfassungsverfahren der Union eingegangen. In dieser Entschlüsselung hält das EP die nationalen Parlamente der EU dazu an, die interparlamentarischen Kontakte – auch auf bilateraler Basis – fortzuführen und weiter auszubauen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, und dies mit einer demokratischen europäischen Vision. Es vertritt die Auffassung, dass die Stärkung des politischen Dialogs mit den nationalen Parlamenten dazu beitragen könnte, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfungen zu rationalisieren. Das EP spricht sich auch dafür aus, alle

vorhandenen Instrumente in vollem Umfang zu nutzen und es möglichst zu vermeiden, noch komplexere Verwaltungsstrukturen und langwierigere Verfahren zu schaffen.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Annahme von zwei Entschlüssen im Bereich der interparlamentarischen Beziehungen sowie der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit durch das Europäische Parlament;
- Zunahme der Zahl der von den nationalen Parlamenten der EU übermittelten Dokumente.

5.2. Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“

Die von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker initiierte Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ nahm ihre Arbeit mit dem Ziel auf, Empfehlungen dazu abgeben, wie die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit besser angewendet werden können, und Politikbereiche, in denen Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückübertragen oder ihnen endgültig zurückgegeben werden könnten, sowie Möglichkeiten einer besseren Einbeziehung regionaler und lokaler Gebietskörperschaften in die Politikgestaltung und umsetzung der EU zu ermitteln. Die Taskforce erstattete im Juli 2018 Bericht. Auf ihre Arbeit folgte eine Mitteilung der Kommission.

Die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ nahm ihre Arbeit am 14. November 2017 auf. Im Einklang mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten nahm das EP nicht an der Taskforce unter der Leitung des Ersten Vizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans teil, da sich das EP als Mitgesetzgeber nicht an beratenden Foren oder Arbeitsgruppen beteiligt, die von der Europäischen Kommission im Bereich der Gesetzgebung eingerichtet werden²¹. Die Taskforce erstattete dem Präsidenten der Kommission im Juli 2018 Bericht.

Auf die Arbeit der Taskforce folgte eine Mitteilung der Kommission²², in der keine wesentlichen Änderungen am Frühwarnsystem vorgeschlagen werden. Die Empfehlungen umfassen jedoch einen Vorschlag für die von den Organen zu verwendenden Standardkriterien für die Beurteilung der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (ein Subsidiaritätsschema) sowie einen Vorschlag für eine technische Verlängerung (ohne Vertragsänderung) der achtwöchigen Frist für die Einreichung von begründeten Stellungnahmen.

In der Mitteilung wird auch eine stärkere Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vorgeschlagen. Die nationalen Parlamente werden darin angehalten, bei der Ausarbeitung der begründeten Stellungnahmen die regionalen Parlamente zu konsultieren. Die Kommission beabsichtigt ferner, besser fundierte Antworten auf Ausführungen (auch von regionalen Parlamenten) zu liefern und die Rückmeldungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu ihren Vorschlägen während des Gesetzgebungsverfahrens für das EP und den Rat besser sichtbar zu machen. Das Europäische Parlament hat bisher weder zu dem Bericht der Taskforce noch zu der Mitteilung der Kommission Stellung genommen. In den beiden im April 2018 angenommenen Entschlüssen des Europäischen Parlaments wurden

21 Die Konferenz der Präsidenten beschloss einstimmig, die Einladung im Einklang mit dem etablierten Grundsatz abzulehnen, „wonach keine Mitglieder des Parlaments – in welcher Funktion auch immer – in von der Kommission eingerichteten Arbeitsgruppen oder Beratungsgremien mitarbeiten sollten, wenn diese Gremien sich mit Themen befassen, bei denen das Parlament Mitgesetzgeber ist“.

22 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: Stärkung ihrer Rolle in der Politikgestaltung der EU“ (COM(2018)0703).

jedoch viele der von der Taskforce aufgeworfenen Fragen behandelt, darunter die Möglichkeit einer technischen Verlängerung der achtwöchigen Frist ohne Änderungen des Vertrags. Sie enthielten unter anderem Vorschläge für eine verbesserte Nutzung des Interparlamentarischen EU-Informationsaustauschs (IPEX, siehe Kapitel 6.1) durch die nationalen Parlamente der EU, um deren Koordinierung und Informationsaustausch zu erleichtern.

5.3. Informeller politischer Dialog und das Protokoll Nr. 1 zum AEUV

Das Protokoll Nr. 1 zum AEUV sieht vor, dass sich nationale Parlamente zu legislativen Dossiers, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, zu nichtlegislativen Dokumenten, beispielsweise im Zusammenhang mit den laufenden Debatten auf europäischer Ebene sowie zu Grün-/Weißbüchern oder Mitteilungen der Kommission äußern können. Diese Beiträge werden im Rahmen des sogenannten informellen politischen Dialogs (IPD) behandelt.

Auch 2018 haben die nationalen Parlamente der EU aktiv von diesem Instrument Gebrauch gemacht und 259 Beiträge übermittelt. Die vier aktivsten Parlamente/Kammern in diesem Zusammenhang waren 2018 das rumänische Abgeordnetenhaus (41), die portugiesische Versammlung der Republik (40), die tschechische Kammer (37) und der tschechische Senat (27).

Die drei Ausschüsse, bei denen die meisten IPD-Beiträge eingingen, waren der Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) mit 32 Beiträgen, der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) mit 31 Beiträgen und der Haushaltsausschuss (BUDG) mit 25 Beiträgen.

Seit 2009 hat das EP etwa 2150 Beiträge im Rahmen des Protokolls Nr. 1 von nationalen Parlamenten der EU erhalten, die auch in der oben genannten CONNECT-Datenbank veröffentlicht wurden. Detaillierte Statistiken über die Beiträge, die im Rahmen des IDP 2018 eingegangen sind, finden Sie in Anhang V.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Die Zahl der im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereichten Beiträge stieg um 30 % von 199 im Jahr 2017 auf 259 im Jahr 2018. Dieser Anstieg hängt wahrscheinlich mit dem höheren Volumen der von der Kommission vorgelegten Entwürfe von Rechtsvorschriften zusammen.
- Die nationalen Parlamente liefern zusammen mit ihren Ausführungen sowohl im Rahmen des Protokolls Nr. 2 als auch des Protokolls Nr. 1 nun häufiger eine Zusammenfassung in englischer Sprache. Dies erleichtert die Arbeit der Gesetzgeber.

6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN

6.1. Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)



Das Ziel des Interparlamentarischen EU-Informationstauschs (IPEX) ist die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. Heute verwenden 41 Kammern von 28 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX bei ihrer täglichen Arbeit. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Siehe www.ipex.eu.

Nach der Annahme der digitalen Strategie für IPEX zur Festlegung der strategischen Ansätze und der Annahme des Arbeitsprogramms 2017-2020 im Jahr 2017 billigte der IPEX-Vorstand die Einsetzung von drei Arbeitsgruppen, nämlich:

- Stärkung der Förderung von IPEX (unter Vorsitz des Deutschen Bundestags),
- Stärkung des IPEX-Netzwerks (unter Vorsitz des dänischen Folketinget) und
- Verbesserung des digitalen Systems der IPEX-Datenbank (unter Vorsitz des EP).

Gemäß dem vom Vorstand festgelegten Zeitplan haben die beiden ersten Arbeitsgruppen eine Liste mit konkreten Vorschlägen für die Entwicklung von IPEX sowohl als Plattform als auch als Netzwerk erstellt. Darüber hinaus lieferten die jährlichen Sitzungen der IPEX-Korrespondenten (letzte Sitzung in Tallinn am 22. und 23. November 2018) und die halbjährliche Nutzerkonferenz (zuletzt die vom schwedischen Riksdag am 2. März 2018 in Stockholm organisierte Sitzung) nützliche Anregungen und Erkenntnisse zu Erwartungen und Ideen, deren Umsetzung sinnvoll sein könnte.

Ziel ist es, IPEX zur wichtigsten Plattform für den parlamentarischen Austausch und zu einer zentralen Anlaufstelle für den Austausch von Dokumenten und Informationen zu machen. 2018 ist IPEX die Online-Plattform für alle interparlamentarischen Foren geworden. Zusätzlich zu den bestehenden interparlamentarischen Konferenzen (IPK) wie der IPK über die GASP/GSVP, der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU und der IPK über SWKS (Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung) beherbergt IPEX nun auch die öffentlichen Informationen der COSAC und des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol (GPKA).

Ein weiteres Ziel ist die Schaffung eines neuen Bereichs innerhalb von IPEX für horizontale Fragen der EU-Dimension außerhalb des Frühwarnsystems im Bereich der Subsidiarität. Dieser Bereich wäre horizontalen Aspekten wie dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), dem Europäischen Semester und Dokumenten der Kommission vorbehalten.

Die Direktion, die das EP im IPEX-Vorstand vertritt, hat diesen Prozess angeregt und vorangebracht und sich aktiv an den Bemühungen der drei Arbeitsgruppen beteiligt. Dies geschah im Einklang mit dem Mandat gemäß zwei Entschlüssen vom April 2018, in denen direkt darauf hingewiesen wurde, dass die Förderung von IPEX (das im Rangel-Bericht als Säule einer *gemeinsamen parlamentarischen Agora* beschrieben wurde) verstärkt werden muss.

2018 war für IPEX ein Jahr intensiver Reflexion und Entwicklung. IPEX nahm seine Rolle als Plattform im Zusammenhang mit der Subsidiarität und der Kontrolle der EU-Gesetzesentwürfe durch die nationalen Parlamente der EU weiterhin wahr. Im Rahmen von IPEX werden derzeit knapp 98 000 von nationalen Parlamenten der EU und den EU-Organen erstellte Seiten zur Verfügung gestellt, was kontrollbezogene Informationen in fast 73 000 Dokumenten umfasst, die von den nationalen Parlamenten der EU und den EU-Organen erstellt wurden und die mit mehr als 11 000 Dossiers verknüpft sind. 2018 wurde die Gesamtzahl legislativer und nichtlegislativer Dokumente in IPEX auf 1 119 beziffert (2017: 1 053)²³.

Im Jahr 2018 wurde die IPEX-Website von fast 300 000 Einzelbesuchern besucht (2017: 307 737). Die Zahl der aufgerufenen Seiten (fast 16 Millionen) ist mit einem Anstieg um mehr als 10 Mio. Seiten gegenüber 2017 die höchste bisher registrierte Zahl. Dieser Anstieg der Seitenaufrufe um 60 % lässt sich durch die Zunahme der auf der Website verfügbaren Informationen erklären.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- IPEX ist zur Host-Website für alle interparlamentarischen Konferenzen geworden.
- IPEX hat bei der Entwicklung von einem Instrument zu einem Netzwerk weitere Fortschritte gemacht.

6.2. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

Zu den Mitgliedern des vom EP und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam verwalteten EZPWD zählen 66 parlamentarische Kammern (davon 41 in der Europäischen Union) aus 54 Ländern sowie europäische Institutionen. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bestehen.

Die Zahl der vergleichenden Anfragen war 2018 fast so hoch wie im Rekordjahr 2017. Die dem EZPWD-Netzwerk angehörenden Parlamente richteten 333 Anfragen an das Netzwerk (2017: 337). Diese Anfragen haben zu 7 174 Antworten geführt, was einen leichten Anstieg gegenüber den 7 160 Antworten im Jahr 2017 bedeutet.

In ihrer Rolle als Vermittler unterstützt die Direktion die jeweiligen Dienststellen des EP. 2018 übermittelte das EP fünf Anfragen an das EZPWD-Netzwerk. Ferner koordinierte die Direktion im Namen anderer Dienststellen 26 Antworten des EP auf Anfragen anderer EZPWD-Parlamente.

Die Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst und die Direktion organisierten am 27. und 28. September in den Räumlichkeiten des Parlaments in Brüssel ein EZPWD-Seminar über die Zukunft

²³ Die Zahlen der verschiedenen institutionellen Plattformen der EU (Kommission, Rat, EP), die sich mit der Subsidiaritätsprüfung und den damit verbundenen Verfahren befassen, sind unterschiedlich. Die Unterschiede in den Zahlen lassen sich durch mehrere Faktoren erklären. Jede Zählweise beruht auf klar definierten Kriterien, die eingehalten werden. Im Falle von IPEX, einem multilateralen parlamentarischen Organ, bei dem die Dokumentenzählung keine rechtlichen Auswirkungen hat, werden Dokumente auf der Grundlage der Definition und der Kategorie der Dokumente eingestuft, die das Parlament/die Kammer, die das Dokument ausgestellt hat, erteilt hat.

der parlamentarischen Forschungsdienste und Bibliotheken und die Frage, wie die gewählten Mitglieder am besten unterstützt werden können.

An der Veranstaltung nahmen 60 Teilnehmer aus 28 parlamentarischen Kammern teil. Schwerpunkt des Seminars war die Bereitstellung von Diensten für Mitglieder in ihren zahlreichen Rollen: in ihrer Eigenschaft als Einzelpersonen, als Mitglieder von Fachausschüssen und im Rahmen ihrer zunehmenden Öffentlichkeitsarbeit.



Bogusław Liberadzki, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, bei einer Rede während des EZPWD-Seminars im September

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Umsetzung der aktualisierten Suchmaschine für die Website des EZPWD.

6.3. Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel

Die Direktion empfängt und beherbergt die von den nationalen Parlamenten/Kammern der EU benannten Verwaltungsvertreter im EP. Im Interesse einer Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das EP seit 1991 den Vertretern in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg auf Anfrage kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.

Im Laufe der Zeit haben die nationalen Parlamente der EU nationale Beamte nach Brüssel entsandt, um die Beziehungen zur EU zu pflegen. Derzeit arbeiten 55 Personen aus 40 Kammern in 37 Büros in den Räumlichkeiten des EP. Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude des EP, in dem auch die Direktion untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen einfachen Austausch.

Diese Vertreter sind nationale Beamte, die neben Verwaltungsaufgaben auch für den Austausch von Informationen (als wechselseitiger Informationsfluss zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten der EU) als Schlüsselfaktor für EU-Angelegenheiten zuständig sind.

Eine neue Entwicklung im Jahr 2018 war die Einführung eines neuen Formats für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der nationalen Parlamente in Form von Workshops, die von der Direktion organisiert wurden. Die Vertreter der nationalen Parlamente hatten die Gelegenheit, sich an einem informellen Meinungsaustausch mit verschiedenen Dienststellen des EP zu beteiligen. 2018 wurden Workshops zu Kommunikation, Rechtsvergleich sowie zum Brexit veranstaltet.

Eine Liste der Vertreter der nationalen Parlamente ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/networks/representatives-of-national-parliaments.html>

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Einführung informeller Workshops als neue Form der Zusammenarbeit mit den Vertretern.

6.4. Seminare für Mitarbeiter

„In der Erwägung, dass ein besseres Zusammenwirken und ein besserer Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente sowie mit den Beamten der nationalen Parlamente dazu beitragen könnte, die Kontrolle der Diskussionen über europapolitische Fragen auf nationaler Ebene zu verbessern und somit eine wirklich europäische parlamentarische und politische Kultur zu fördern“, so die Entschließung des EP zu der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags²⁴. Die Direktion veranstaltete 2018 eine Reihe von Seminaren für Mitarbeiter der nationalen Parlamente/Kammern der EU. Dabei sollten Mitarbeiter der nationalen Parlamente und des EP zusammenkommen, um relevante europäische Themen vorzustellen und zu diskutieren, voneinander zu lernen und bewährte Verfahren auszutauschen.

Eine weitere wichtige Entwicklung im Jahr 2018 neben der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischer Ebene war die Organisation von Seminaren für Mitarbeiter, um den technischen Austausch auf Mitarbeiterebene zu erleichtern.

Die Seminare für Mitarbeiter stellen eine wichtige Plattform für die Verwaltungen des Parlaments dar, um einen konkreteren und zielgerichteteren Austausch über Bereiche von gemeinsamem Interesse zu führen. Seminare für Mitarbeiter sind ein dynamisches Element der Arbeit sowohl des EP als auch der nationalen Parlamente der EU. 2018 war eine erhebliche Zunahme des Interesses an dieser Art von Austausch zu verzeichnen.

2018 wurden von der Direktion und der Generaldirektion Interne Politikbereiche zwei Seminare für Mitarbeiter organisiert, bei denen etwa 80 Mitarbeiter nationaler Parlamente/Kammern zusammenkamen. Im Mittelpunkt eines ersten Seminars im Juli²⁵ standen das Europäische Semester und insbesondere die Stärkung der Zusammenarbeit und der Kapazitätsaufbau auf Verwaltungsebene zwischen den nationalen Parlamenten der EU im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung. Auf einem Nachfolgeseminar im November²⁶ konnten tiefere Erkenntnisse gewonnen werden.

Darüber hinaus arbeiten die Mitarbeiter der wissenschaftlichen Dienste der nationalen Parlamente der EU und das EP über das EZPWD-Netzwerk weiterhin zusammen (siehe Kapitel 6.2).

24 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags (Angenommene Texte, P8_TA(2018)0186).

25 Das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik aus einer parlamentarischen Perspektive.

26 Der Beginn des Zyklus des Europäischen Semesters 2019.

7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN

7.1. CONNECT

CONNECT

Die Direktion stellt den Mitgliedern (insbesondere den Berichterstatter), den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen zu den Ausführungen nationaler Parlamente gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang pflegt die Direktion die Datenbank [CONNECT](#), die alle Dokumente umfasst, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 übermittelt wurden. Die begründeten Stellungnahmen in Verbindung mit dem Frühwarnsystem stehen in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung.

Seit 2017 kann die CONNECT-Datenbank auf der Website der [Direktion](#) konsultiert werden.

Alle Informationen in CONNECT, einschließlich der von den nationalen Parlamenten eingegangenen begründeten Stellungnahmen und Beiträge, sind in eCommittee, dem gemeinsamen Arbeitsraum der GD IPOL und GD EXPO, im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sie sich beziehen, direkt verfügbar. Dies gilt nicht nur für begründete Stellungnahmen, sondern auch für alle von nationalen Parlamenten der EU übermittelten Beiträge. Dies ist ein wichtiger Fortschritt, da Berichterstatter, Mitglieder, Assistenten und Mitarbeiter der Ausschussesekretariate sowie alle externen Interessenträger jetzt zu jedem Zeitpunkt eines Gesetzgebungsverfahrens eine aktuelle und vollständige Übersicht über alle Ausführungen der nationalen Parlamente erhalten können. Am 31. Dezember 2018 konnten in der CONNECT-Datenbank 5 507 Dokumente (begründete Stellungnahmen und Beiträge) der nationalen Parlamente der EU abgerufen werden.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Weitere Umsetzung von Verbesserungen in der CONNECT-Datenbank, sowohl inhaltlich als auch grafisch und technisch.

7.2. Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)

CORCOM

Das Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom) ist eine Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Darüber hinaus enthält es Informationen über die verschiedenen Ausschussesekretariate der nationalen Parlamente der EU und des EP. Die im Verzeichnis enthaltenen Informationen werden von den in Brüssel ansässigen ständigen Vertretern der nationalen Parlamente bereitgestellt.

Nach der Annahme einer Entschließung zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem Europäischen Parlament²⁷ (Berichtersteller: Elmar Brok) im Mai 2009 wurde die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entsprechend überarbeitet und besagt nun: „Ein Ausschuss kann unmittelbar auf Ausschussebene in einen Dialog mit den nationalen Parlamenten im Rahmen der für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel eintreten. Dies kann geeignete Formen der prä- und postlegislativen Zusammenarbeit einschließen“ (Artikel 142 Absatz 3).

Die Anwendung CorCom wird im Hinblick auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Anwender kontinuierlich verbessert. Sie ist zu einer webbasierten Anwendung²⁸ geworden, die deutlich benutzerfreundlicher ist und mit einer ganzen Reihe neuer Funktionen ausgestattet wurde. Die Zahl der monatlich besuchten Seiten beträgt durchschnittlich 13 550.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2018:

- Aktualisierung der in der CorCom-Datenbank enthaltenen Daten.

7.3. Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

Das EP setzt sich kontinuierlich für eine umfassende Zusammenarbeit zwischen seiner Verwaltung und den Verwaltungen der nationalen Parlamente der EU ein, insbesondere in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension der einzelnen Ratsvorsitze der EU. Wenn das Parlament des Landes, das als nächstes den Ratsvorsitz übernimmt, das EP um Unterstützung ersucht, um die parlamentarische Dimension des Ratsvorsitzes vorzubereiten, kann das EP dem Ratsvorsitz ein maßgeschneidertes Programm anbieten, das auf spezifischen Bedürfnissen und Prioritäten beruht. Diese Initiative bietet die Möglichkeit, persönliche Kontakte mit den Parlamenten des Ratsvorsitzes aufzubauen und ermöglicht einen effektiven Transfer von Fachwissen, wodurch die weitere Arbeit erleichtert und für Kohärenz gesorgt wird. Das EP kann zu den Kosten des Programms beitragen, die mit dem jeweiligen Parlament geteilt werden.

2018 bot die Direktion beiden Kammern des rumänischen Parlaments ein umfassendes Unterstützungsprogramm an. Dies umfasste Treffen mit einer Reihe von Ausschussekreteriaten und anderen zuständigen Dienststellen des EP sowie mit Vertretern mehrerer nationaler Parlamente aus Mitgliedstaaten, die den Ratsvorsitz in den letzten Jahren innehatten.

Diese Treffen boten den rumänischen Beamten die Gelegenheit, Erfahrungen über die Organisation der wichtigsten interparlamentarischen Treffen und Konferenzen auszutauschen. Diese Treffen sind fester Bestandteil der parlamentarischen Dimension jedes einzelnen Ratsvorsitzes der EU. Dazu gehören Sitzungen der COSAC, die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU, die Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP und der GPKA für Europol.

Ein ähnliches Programm soll 2019 für das kroatische Parlament umgesetzt werden, um die parlamentarische Dimension des ersten kroatischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2020 vorzubereiten.

Studienaufenthalte zum Kapazitätsaufbau

²⁷ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Mai 2009 zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon (ABl. C 212E vom 5.8.2010, S. 9).

²⁸ CorCom ist nur für den internen Gebrauch bestimmt. Die Anwendung ist im Intranet des Europäischen Parlaments zugänglich.

Das EP kann auch kurze Studienaufenthalte zum Kapazitätsaufbau für Parlamente organisieren, die ihre interne Organisation gerade anpassen oder modernisieren und Interesse an der Arbeitsweise und dem Fachwissen des EP bekunden.

Nach einem Briefwechsel zwischen den jeweiligen Generalsekretären wurde im Januar 2018 für eine Gruppe von Beamten des zyprischen Repräsentantenhauses ein erster Studienaufenthalt zum Kapazitätsaufbau durchgeführt. Im September und November 2018 akzeptierte das EP zwei Anträge auf Studienbesuche des estnischen Parlaments.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2018:

- Organisation eines Unterstützungsprogramms für beide Kammern des rumänischen Parlaments;
- Organisation des ersten Studienaufenthalts zum Kapazitätsaufbau für Beamte des zyprischen Parlaments im Januar.

7.4. Veröffentlichungen der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Die Direktion bietet eine Reihe von Veröffentlichungen an, von denen eine das „Spotlight on Parliaments in Europe“ ist. In dieser zweimonatlichen Veröffentlichung finden Sie Informationen über ausgewählte aktuelle Themen, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzwerks ausgetauscht wurden.

Darüber hinaus enthält die „Weekly Agenda“ Informationen über Maßnahmen, an denen die nationalen Parlamente beteiligt sind, um die Transparenz und Sichtbarkeit der zahlreichen interparlamentarischen Tätigkeiten zu erhöhen, und die „State of Play Note“ liefert Informationen über die Ausführungen der nationalen Parlamente.

Im Jahr 2018 erstellte die Direktion fünf Ausgaben des Spotlight (Nr. 19 bis 23) zu einer großen Bandbreite an Themen, beispielsweise:

19 – Belästigung am Arbeitsplatz

20 – Journalisten und Anteilseigner von Medienunternehmen

21 – Einbürgerung durch Ausnahmeregelungen für ausländische Unternehmer und Investoren

22 – Die Staatsangehörigkeit von Kindern, die von Leihmüttern geboren wurden

23 – Die Rolle der nationalen Parlamente im Europäischen Rat

Die Veröffentlichungen sind auf der Website der Direktion unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/publications.html>

Die *Weekly Agenda* wird allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie den Dienststellen des Europäischen Parlaments freitags per E-Mail übermittelt. 2018 wurden 46 Ausgaben der *Weekly Agenda* verschickt. Die Veröffentlichung deckt die interparlamentarischen Veranstaltungen der nächsten zwei Wochen ab, darunter bilaterale Besuche, interparlamentarische Konferenzen, ICM usw. Es werden Informationen in Bezug auf Datum, Ort und beteiligte Dienststellen des EP veröffentlicht. Außerdem werden die Kontaktdaten des in der Direktion verantwortlichen AD-Beamten angegeben.

Die Direktion erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente (*State of Play Note*, siehe Kapitel 5.1.2).

Darüber hinaus betreibt sie eine Website mit Informationen über bevorstehende Aktivitäten und Veröffentlichungen der Direktion.

8. DIE DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

2018 war für die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erneut ein Jahr des Wachstums und der Zusammenarbeit. Das Jahr war geprägt von zahlreichen Tätigkeiten, neuen Kollegen und Partnern, der Teilnahme an interparlamentarischen Veranstaltungen auf hoher Ebene, engeren Beziehungen zu den anderen Dienststellen des Europäischen Parlaments und wichtigen Meilensteinen.

Getreu dem Motto der GD Präsidentschaft *Impact through cooperation* („Wirkung durch Zusammenarbeit“) hat die Direktion den Mitgliedern und dem Generalsekretariat des Europäischen Parlaments weiterhin die Dienste und Beratungsleistungen angeboten, die sie benötigen, um die institutionelle Zusammenarbeit und den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten der EU weiterzuentwickeln.

Die Direktion unterstützt interparlamentarische Tätigkeiten, trägt zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die interparlamentarische Zusammenarbeit bei und fungiert als Wissenszentrum für Informationen über die nationalen Parlamente der EU. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie ist zuständig für die Beziehungen zu den Beamten, die die nationalen Parlamente der EU in Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit deren Verwaltungen.

Die Direktion bedankt sich für die kontinuierliche Unterstützung des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs sowie aller Dienststellen in den Generaldirektionen des EP, mit denen sie zusammenarbeitet.

Direktorin: Katrin Ruhrmann

Die Direktion besteht aus zwei Referaten.

Referat Institutionelle Zusammenarbeit

Zu den Zuständigkeitsbereichen des Referats Institutionelle Zusammenarbeit gehören die multilaterale geregelte Zusammenarbeit, d. h. die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die Sitzungen der Generalsekretäre der Parlamente der EU und die COSAC. Das Referat befasst sich auch mit den bestehenden Netzwerken, insbesondere IPEX und EZPWD, sowie mit der Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Externe Politikbereiche (GD EXPO). Außerdem mit der Koordinierung der Unterstützungsprogramme des Ratsvorsitzes sowie mit Besuchen zum Kapazitätsaufbau.

Referatsleiter: Pekka Nurminen

Referat Legislativer Dialog

Das Referat Legislativer Dialog ist in erster Linie für den politischen und legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten zuständig. Es plant, koordiniert und organisiert interparlamentarische Treffen auf Ausschussebene, einschließlich der ICM, der Europäischen Parlamentarischen Woche und des GPKA für Europol. Es sorgt ferner für die Überwachung der Subsidiaritätsprüfung und die Folgemaßnahmen mit den Berichterstattern und Ausschüssen bezüglich der Umsetzung des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Das Referat organisiert auch thematische Seminare, an denen die Verwaltungen des EP und der Mitgliedstaaten beteiligt sind, und ist für die Datenbanken CONNECT und CorCom zuständig.

Referatsleiter: Jesús Gómez

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind auf der Website des Europäischen Parlaments abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/news.html>

9. ANHÄNGE

ANHANG I: Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2018

COSAC-Veranstaltung	Ort, Datum	Themen	Hauptreferenten/ Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden	Sofia, 21./22. Januar 2018	I. Prioritäten des bulgarischen Vorsitzes im Rat der EU II. Die Zukunft der Europäischen Union – Stärke in der Einigkeit III. Die Rolle der makroregionalen Strategien der EU für nachhaltige Entwicklung, Stabilität und Sicherheit	Iskra Mihaylova, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments (REGI)
Plenarsitzung der LIX. COSAC	Sofia, 17.-19. Juni 2018	I. Ergebnisse des bulgarischen Vorsitzes im Rat der EU II. Integration und Konnektivität des Westbalkans – Neuer Schwung für die EU-Strategie für die Erweiterung III. Europäische Säule sozialer Rechte – Aufbau eines inklusiveren und gerechteren Europas IV. Eine starke und wirksame Kohäsionspolitik nach 2020 V. Interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU vor dem Hintergrund der Debatte über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO) Iskra Mihaylova, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments (REGI)
Sitzung der Vorsitzenden	Wien, 8./9. Juli 2018	I. Prioritäten des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union II. Zukunft und Ausblick der Europäischen Union	Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
Plenarsitzung der LX. COSAC	Wien, 18. 20. November 2018	I. Aktueller Stand des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union II. Brexit – aktueller Stand III. Klimapolitik und Energieunion IV. Eine transparente Europäische Union mit mehr Bürgernähe im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament	Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO)

Detailliertere Informationen zur Tagesordnung der COSAC-Sitzungen werden von den Ratsvorsitzenden auf der IPEX-Website veröffentlicht: www.ipex.eu

ANHANG II: Von Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel organisierte interparlamentarische Treffen im Jahr 2018

					Zahl der Teilnehmer			
					Nationale Parlamente der EU ¹			EP
	Ausschuss	Datum	Veranstaltung	Titel	Mitglieder	Parlament	Kammer	Mitglieder
1.	LIBE	24. Januar	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Die Europäische Migrationsagenda – Fragen zu legalen Wegen und Integration	36	15	19	40
2.	ECON/BUDG/ EMPL	<u>19.-20. Februar 2018</u>	Europäische Parlamentarische Woche: Konferenz zum Europäischen Semester	Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union	121	27	36	ECON ICM - 14 EMPL ICM - 10 BUDG ICM - 18 ----- Plenum 19/2 - 19 Plenum 20/2 - 31
3.	LIBE	27. Februar	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Die Globalen Pakte der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und Migration und die Rolle der Parlamente	30	17	21	43
4.	FEMM	8. März	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Internationaler Frauentag 2018 — Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen in den Medien und den IKT: der Schlüssel zur Zukunft	22	17	17	20
5.	AGRI	24. April	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Auf dem Weg zur GAP für die Zeit nach 2020: Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft	58	22	29	49
6.	LIBE	15. Mai	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Umsetzung des Datenschutzpakets – Im Vorfeld seiner Anwendung	32	16	19	24
7.	TRAN	20. Juni	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Investitionen in Verkehrsnetze in der EU für die Zeit nach 2020	29	18	16	23
8.	CONT	11. Juli	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Die effiziente Verwaltung von EU-Mitteln: Die Befugnisse des EP im Bereich der Haushaltsprüfung; Leistung und Sichtbarkeit der von der EU finanzierten Projekte auf dem Westbalkan unter besonderer Berücksichtigung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit	24	11	12	26

					Zahl der Teilnehmer			
					Nationale Parlamente der EU ¹			EP
	Ausschuss	Datum	Veranstaltung	Titel	Mitglieder	Parlament	Kammer	Mitglieder
9.	LIBE	24./25. September	DRITTE SITZUNG DES GPKA FÜR EUROPOL		65	27	37	10
10.	ECON	9. Oktober	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Länderspezifische Empfehlungen	17	13	13	36
11.	AFCO	10. Oktober	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Stand der Debatte über die Zukunft Europas	26	16	18	12
12.	LIBE	18. Oktober	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Grundrechtsaspekte bei der Inklusion der Roma und der Bekämpfung des Antiziganismus	16	10	11	10
13.	CULT	19./20. Oktober	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Europäisches Kulturerbe	42	28	28	14
14.	DROI	20. November	INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNG	Die Menschenrechte und das auswärtige Handeln der EU und der Mitgliedstaaten	23	15	17	11
15	JURI/PETI	27 November	Interparliamentary committee meeting	“Empowering Parliaments and enforcing citizen’s rights in the implementation and application of Union Law “	14	19	26	9
	INSGESAMT				555	271	319	369

1 EU Member States, candidate countries and neighbouring countries

ANHANG III: Besuche nationaler Parlamente der EU²⁹ im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen) 2018

Datum	Dauer des Besuchs (in Tagen)	Parlamentarische Kammer	Land – Kammer	Ausschuss/Sonstiges	Art des Besuchs (Präsident/Mitglieder/Mitarbeiter)	Zahl der teilnehmenden Mitglieder	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
22.1.2018	1	DA1	DK – Folketinget	Ausschuss für Bildung und Forschung	Mitglieder und Mitarbeiter	6	2
22.1.2018	1	NL2	NL – Tweede Kamer	Wim van de Camp, MdEP; Matthijs van Miltenburg, MdEP	Mitglieder und Mitarbeiter	5	1
25.1.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Ausschuss für die Evaluierung und Kontrolle der Regierungspolitik	Mitglieder und Mitarbeiter	2	1
25.1.2018	1	FI1	FI – Eduskunta	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	19
30./31.1.2018	2	CZ1	CZ – Abgeordnetenkammer	Mairead McGuinness, Vizepräsidentin; Guy Verhofstadt, ALDE	Präsident und Mitarbeiter	0	8
31.1.-1.2.2018	2	NO1	NO – Stortinget	Arbeitsbesuch von Mitgliedern und Beamten	Mitglieder und Mitarbeiter	12	2
6.2.2018	1	LT1	LT – Seimas	Vilija Blinkevičiūtė, Vorsitzende des FEMM-Ausschusses	Mitglieder und Mitarbeiter	3	3
19.2.2018	1	UK1	UK – House of Commons	Sonderausschuss für den Austritt aus der Europäischen Union	Mitglieder und Mitarbeiter	21	5
20.2.2018	1	UK2	UK – House of Lords	Sonderausschuss für EU-Angelegenheiten	Mitglieder und Mitarbeiter	7	4
20.2.2018	1	CZ1 und CZ2	CZ – Parlament	Paolo De Castro, stellvertretender Vorsitzender des AGRI-Ausschusses	Mitglieder und Mitarbeiter	5	3
22.2.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Ständiger Ausschuss für Kommunalverwaltung und öffentliche Verwaltung	Mitglieder und Mitarbeiter	12	2
23.2.2018	1	UK1	UK – House of Commons	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	2
27.2.2018	1	UK1	UK – House of Commons	Sarah Jones, Mitglied	Mitglied	1	0

29 Nationale Parlamente der EU; Norwegisches Parlament; Nordischer Rat.

Datum	Dauer des Besuchs (in Tagen)	Parlamentarische Kammer	Land – Kammer	Ausschuss/Sonstiges	Art des Besuchs (Präsident/Mitglieder/Mitarbeiter)	Zahl der teilnehmenden Mitglieder	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
27./28.2.2018	2	FR1	FR – Assemblée Nationale	1 Mitglied, 1 Beamter	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
1.3.2018	1	BG1	BG – Narodno sabranie	Wesselin Mareschki, stellvertretender Vorsitzender der Nationalversammlung, und 2 Mitglieder	(Stellvertretender) Vorsitzender, Mitglieder und Mitarbeiter	3	1
5./6.3.2018	2	IE1 und IE2	IE – Kammern des Oireachtas	LIBE- und AGRI-Ausschuss	Mitarbeiter	0	11
7.3.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Ständiger Ausschuss für Finanzen	Mitglieder und Mitarbeiter	19	10
19.-20.3.2018	2	UK2	UK – House of Lords	Beamte des Unterausschusses für EU-Finanzangelegenheiten	Mitarbeiter	0	3
20.3.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Staatssekretäre und politische Berater der norwegischen Regierung	Mitarbeiter	0	29
20.3.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder und Beamte	Mitglieder und Mitarbeiter	3	6
21.3.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	2
22.3.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	1 Mitglied, 1 Beamter	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
9.4.2018	1	DA1	DK – Folketinget	Verkehrsausschuss	Mitglieder und Mitarbeiter	7	6
9.4.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	François de Rugy, Parlamentspräsident: Treffen mit Guy Verhofstadt und Antonio Tajani, Präsident des EP, zum Brexit	Präsident, Mitglieder und Mitarbeiter	11	6
9.4.2018	1	NL2	NL – Tweede Kamer	Guy Verhofstadt, ALDE	Mitglieder und Mitarbeiter	6	1
10.4.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Sabine Thillaye, Vorsitzende des Europaausschusses	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
11.4.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Ständiger Ausschuss für Energie und Umweltfragen	Mitglieder und Mitarbeiter	16	1
12.4.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder	Mitglieder und Mitarbeiter	4	1
18.-19.4.2018	2	PL1	PL – Sejm	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	4
25.4.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Ständiger Ausschuss für Unternehmen und Industrie	Mitglieder und Mitarbeiter	11	2

Datum	Dauer des Besuchs (in Tagen)	Parlamentarische Kammer	Land – Kammer	Ausschuss/Sonstiges	Art des Besuchs (Präsident/Mitglieder/Mitarbeiter)	Zahl der teilnehmenden Mitglieder	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
14.5.2018	1	UK1	UK – House of Commons	Rt. Hon Sir Lindsay Hoyle, Vizepräsident	(Vize)Präsident und Mitarbeiter	1	2
17.5.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Damien Pichereau, Mitglied	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
22.5.2018	1	AT1	AT – Nationalrat	Mairead McGuinness, Vizepräsidentin, Daniel Caspary, MdEP, Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP, und GD COMM	Mitglieder und Mitarbeiter	18	4
24.5.2018	1	UK1	UK – House of Commons	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	9
24.5.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Bruno Studer, Mitglied: Treffen mit Julia Reda, MdEP, und Sylvie Guillaume, Vizepräsidentin, über Fake News	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
4.6.2018	1	NL2	NL – Tweede Kamer	Yana Toom, MdEP, und GD PRES	Mitglieder und Mitarbeiter	6	6
18.6.2018	1	UK1	UK – House of Commons	Ausschuss für Schottlandfragen: Treffen mit Bernd Lange, Vorsitzender des INTA-Ausschusses, und schottischen MdEP zu Schottland und dem Brexit, Handel und Auslandsinvestitionen	Mitglieder und Mitarbeiter	8	3
19.6.2018	1	DE1	DE – Deutscher Bundestag	ECON-Ausschuss	Mitglieder und Mitarbeiter	15	7
25.6.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder und Beamte	Mitglieder und Mitarbeiter	4	3
26.6.2018	1	AT1 und AT2	AT – Parlament	Claude Moraes, Vorsitzender des LIBE-Ausschusses	Mitglieder und Mitarbeiter	1	2
28.6.2018	1	AT1 und AT2	AT – Parlament	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	15
2.7.2018	1	BE2	BE – Senat	GD COMM	Mitarbeiter	n.z.	n.z.
9.7.2018	1	NL2	NL – Tweede Kamer	Gerben Jan Gerbrandy, MdEP; Bas Eickhout, MdEP;	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
10.7.2018	1	SV1	SV – Riksdag	Urban Ahlin, Parlamentspräsident: Treffen mit Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments	Parlamentspräsident	1	0

Datum	Dauer des Besuchs (in Tagen)	Parlamentarische Kammer	Land – Kammer	Ausschuss/Sonstiges	Art des Besuchs (Präsident/Mitglieder/Mitarbeiter)	Zahl der teilnehmenden Mitglieder	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
10.-11.7.2018	2	NL2	NL – Tweede Kamer	Besuch von Beamten und GD PRES	Mitarbeiter	0	9
11.7.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder: Treffen mit Verónica Lope Fontagné, MdEP, zur europäischen Säule sozialer Rechte	Mitglieder und Mitarbeiter	2	1
12.7.2018	1	FR1 und DE1	FR – Assemblée Nationale und DE – Deutscher Bundestag	Gemeinsame Sitzung von Mitgliedern der Ausschüsse für EU-Angelegenheiten	Mitglieder und Mitarbeiter	13	6
28.8.2018	1	DE1	DE – Deutscher Bundestag	TRAN-Ausschuss	Mitglied und Mitarbeiter	8	7
6.9.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	22
6.9.2018	1	IT1	IT – Camera Dei Deputati	Ausschuss für EU-Angelegenheiten	Mitglieder und Mitarbeiter	3	2
6.9.2018	1	ES1 und ES2	ES – Parlament	Guy Verhofstadt, ALDE, und Jaume Duch	Mitglieder und Mitarbeiter	31	11
12.9.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Vorstand des Europaausschusses	Mitglieder und Mitarbeiter	9	2
12.9.2018 (Straßburg)	1	FI1	FI – Eduskunta	Finanzausschuss	Mitglieder und Mitarbeiter	10	1
13.9.2018 (Brüssel)	1	FI1	FI – Eduskunta	Finanzausschuss	Mitglieder und Mitarbeiter	10	1
13.9.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Norwegisches Ministerium für Arbeit und Soziales	Mitarbeiter	0	5
19.9.2018	1	NL2	NL – Tweede Kamer	Besuch von Beamten und GD PRES	Mitglieder und Mitarbeiter	3	4
24.9.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Damien Picheau, Mitglied (Ausschuss für europäische Angelegenheiten)	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
24.-28.9.2018	5	EE1	EE – Riigikogu	Aaro Mõttus, stellvertretender Generalsekretär	Stellvertretender Generalsekretär	0	1
25.9.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder und 1 Beamter	Mitglieder und Mitarbeiter	2	1
25.9.2018	1	UK2	UK – House of Lords	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	5

Datum	Dauer des Besuchs (in Tagen)	Parlamentarische Kammer	Land – Kammer	Ausschuss/Sonstiges	Art des Besuchs (Präsident/Mitglieder/Mitarbeiter)	Zahl der teilnehmenden Mitglieder	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
26.9.2018	1	IT1	IT – Camera Dei Deputati	Landwirtschaftsausschuss (Videokonferenz)	Mitglieder	n. z.	n. z.
27.9.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder und Beamte	Mitglieder und Mitarbeiter	3	2
27.9.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Mitarbeiter der norwegischen Vertretung bei der EU	Mitarbeiter	0	10
3.10.2018	1	PL1	PL – Sejm	MdEP	Präsident (Marshall)	0	4
9.-10.10.2018	2	IT2	IT – Senat	Besuch von Beamten zum Thema Sicherheit	Mitarbeiter	0	2
9.10.2018	1	DE1	DE – Deutscher Bundestag	PETI-Ausschuss	Mitglieder und Mitarbeiter	13	7
8./9.10.2018	2	IT1	IT – Camera Dei Deputati	Roberto Fico, Parlamentspräsident	Parlamentspräsident	1	n. z.
10.10.2018	1	UK2	UK – House of Lords	Unterausschuss für Inneres-EU	Mitglieder und Mitarbeiter	4	3
10.10.2018	1	EL1	EL – Vouli ton Ellinon	Informationsbesuch von Mitgliedern bei den Europäischen Institutionen	Mitglieder und Mitarbeiter	22	2
11.10.2018	1	PL1	PL – Sejm	ITRE- und AFCO-Ausschuss	Mitglieder	25	4
16.10.2018	1	IT1	IT – Camera Dei Deputati	Ausschüsse für Haushalt und europäische Politikbereiche (Videokonferenz)	Mitglieder	n. z.	n. z.
17.10.2018	1	IT1	IT – Camera Dei Deputati	Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und europäische Politikbereiche (Videokonferenz)	Mitglieder	n. z.	n. z.
18.10.2018	1	NO1	NO – Stortinget	Mitarbeiter des Bezirksgerichts Follo	Mitarbeiter	0	19
6.11.2018	1	UK2	UK – House of Lords	Unterausschuss für Inneres-EU	Mitglieder und Mitarbeiter	8	2
6.11.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder und 1 Beamter	Mitglieder und Mitarbeiter	2	1
8.11.2018	1	IE1 und IE2	IE – Kammern des Oireachtas	Mairead McGuinness, Vizepräsidentin, und GD PRES	Mitarbeiter	0	8
8./9.11.2018	2	UK1	UK – House of Commons	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	9
19.11.2018	1	IT2	IT – Senat	Mauro Fioroni, Direktor des IT-Dienstes des Senats	Mitarbeiter	0	1

Datum	Dauer des Besuchs (in Tagen)	Parlamentarische Kammer	Land – Kammer	Ausschuss/Sonstiges	Art des Besuchs (Präsident/Mitglieder/Mitarbeiter)	Zahl der teilnehmenden Mitglieder	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
20.11.2018	1	FR1	FR – Assemblée Nationale	Mitglieder und Beamte	Mitglieder und Mitarbeiter	2	2
21.11.2018	1	IT1	IT – Camera Dei Deputati	Ausschüsse für europäische Politikbereiche (Videokonferenz)	Mitglieder	n. z.	n. z.
22.11.2018	1	FI1	FI – Eduskunta	Besuch von Beamten	Mitarbeiter	0	6
22.11.2018	1	DA1	DK – Folketinget	Ausschuss für öffentliches Rechnungswesen	Mitglieder und Mitarbeiter	5	7
22.11.2018	1	IT2	IT – Senat	EUNEWS-Veranstaltung im Senat: Roberto Gualtieri, MdEP (Videokonferenz)	n. z.	n. z.	n. z.
25./26.11.2018	2	NL2	NL – Tweede Kamer	Klaus Welle, Generalsekretär	Mitglieder und Mitarbeiter	1	8
26./27.11.2018	2	IT2	IT – Senat	Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten plus Vorsitz	Mitglieder und Mitarbeiter	2	2
26./27.11.2018	2	CZ1	CZ – Poslanecká sněmovna	Dana Balcarova, Vorsitzende des Ausschusses für Umweltfragen	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
27.11.2018	1	IT1 und IT2	IT – Senato und Camera dei Deputati	Agrarausschüsse des Senats und der Kammer (Videokonferenz)	Mitglieder	20	0
4.12.2018	1	FI1	FI – Eduskunta	Arto Satonen, Vorsitzender des Hauptausschusses	Mitglied und Mitarbeiter	1	1
4.12.2018	1	SL1	SL – Nationalversammlung	GD COMM	Mitglieder und Mitarbeiter	18	7
11.12.2018	1	IE1 und IE2	IE – Kammern des Oireachtas	GD PRES	Mitglieder und Mitarbeiter	3	2

ANHANG IV: Daten über das Frühwarnsystem

Der Rechtsausschuss, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Parlament verantwortlich ist, hat folgende Begriffsbestimmungen für Dokumente ausgearbeitet, die von nationalen Parlamenten eingehen:

- **Begründete Stellungnahmen** sind Dokumente, aus denen hervorgeht, dass ein Entwurf eines Rechtssetzungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz vereinbar ist, und die beim Europäischen Parlament unter Einhaltung der Frist von acht Wochen gemäß Protokoll Nr. 2 Artikel 6 des Vertrags von Lissabon eingegangen sind.
- **Beiträge** sind alle anderen Dokumente, die die Kriterien für begründete Stellungnahmen nicht erfüllen.

Von nationalen Parlamenten der EU 2018 eingegangene Dokumente			
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen	Beiträge
		2018	2018
Österreich	Nationalrat	0	0
Österreich	Bundesrat	3	7
Belgien	Chambre des Représentants	0	2
Belgien	Sénat	0	0
Bulgarien	Narodno Sabranie	0	0
Kroatien	Hrvatski Sabor	0	1
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	0
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	4	28
Tschechische Republik	Senát	2	60
Dänemark	Folketinget	3	0
Estland	Riigikogu	0	0
Finnland	Eduskunta	0	0
Frankreich	Assemblée Nationale	1	39
Frankreich	Sénat	2	25
Deutschland	Bundestag	2	0
Deutschland	Bundesrat	0	41
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	0
Ungarn	Országgyűlés	0	0
Irland	Kammern des Oireachtas	5	7
Italien	Camera Dei Deputati	0	9
Italien	Senato	1	16
Litauen	Seimas	0	0
Luxemburg	Chambre des Députés	0	0
Lettland	Saeima	0	0
Malta	Kamra tar-Rappreżentanti	2	0
Niederlande	Tweede Kamer	2	1
Niederlande	Eerste Kamer	0	0

Von nationalen Parlamenten der EU 2018 eingegangene Dokumente			
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen	Beiträge
		2018	2018
Polen	Sejm	1	4
Polen	Senat	0	2
Portugal	Assembleia da República	1	72
Rumänien	Camera Deputaţilor	0	9
Rumänien	Senatul	0	39
Spanien	Congreso de los Diputados	0	65
	Senado		
Schweden	Riksdagen	14	0
Slowenien	Državni Zbor	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0
Slowakei	Národná rada	0	0
Vereinigtes Königreich	House of Commons	2	0
Vereinigtes Königreich	House of Lords	1	0
INSGESAMT		46	427

Diese Tabelle enthält nur die Dokumente der nationalen Parlamente, die als Antwort auf die Entwürfe von Legislativakten eingegangen sind, die gemäß Protokoll 2 des Vertrags von Lissabon übermittelt wurden.

ANHANG V: Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Dokumente – informeller politischer Dialog

In dieser Tabelle sind die Dokumente aufgeführt, die die nationalen Parlamente der EU als Reaktion auf Entwürfe von Rechtsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie als Reaktion auf eine Vielzahl von nichtlegislativen Dokumenten wie Grün-/Weißbücher oder Mitteilungen der Kommission, die unter das Protokoll Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon fallen, übermittelt haben.

Von nationalen Parlamenten der EU 2018 eingegangene Beiträge		
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	2018
Österreich	Nationalrat	0
Österreich	Bundesrat	0
Belgien	Chambre des Représentants	1
Belgien	Sénat	1
Bulgarien	Narodno Sabranie	0
Kroatien	Hrvatski Sabor	0
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	37
Tschechische Republik	Senát	27
Dänemark	Folketinget	0
Estland	Riigikogu	0
Finnland	Eduskunta	0
Frankreich	Assemblée Nationale	15
Frankreich	Sénat	17
Deutschland	Bundestag	0
Deutschland	Bundesrat	19
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0
Ungarn	Országgyűlés	0
Irland	Kammern des Oireachtas	3
Italien	Camera Dei Deputati	13
Italien	Senato	8
Litauen	Seimas	5
Luxemburg	Chambre des Députés	0
Lettland	Saeima	0
Malta	Kamra tar-Rappreżentanti	0
Niederlande	Tweede Kamer	1
Niederlande	Eerste Kamer	1
Polen	Sejm	2
Polen	Senat	1
Portugal	Assembleia da República	40
Rumänien	Camera Deputaţilor	41
Rumänien	Senatul	12
Spanien	Senado	0
Spanien	Congreso de los Diputados	0
Schweden	Riksdagen	0
Slowenien	Državni Zbor	0
Slowenien	Državni Svet	0
Slowakei	Národná rada	2
Vereinigtes Königreich	House of Commons	0
Vereinigtes Königreich	House of Lords	13
INSGESAMT		259

ANHANG VI: Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2018 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben (5):

	Datum	Titel	Nummer
1.	23.3.2018	Öffentliche Ausgaben für die Kontrolle der Außengrenzen und das Asylmanagement	3719
2.	20.4.2018	Ernenungsverfahren für hochrangige Beamte in den Regierungen	3753
3.	23.5.2018	Für einzelne Mitglieder tätige parlamentarische Assistenten: Vorschriften zum Umgang mit Konflikten und Belästigung	3785
4.	1.8.2018	Unterstützung der Parlamente auf dem Westbalkan	3861
5.	17.10.2018	Begrüßung neuer Mitglieder des Parlaments	3916

Das Europäische Parlament hat die folgenden vergleichenden Anfragen von anderen EZPWD-Parlamenten beantwortet (26):

	Datum	Titel	Nummer
1.	1.2.2018	Parlamentarische Kontrolle des Jahresabschlusses der Regierung	3663
2.	5.2.2018	Zuständigkeiten, Organisation und Tätigkeiten des Forschungsdienstes/der Forschungsabteilung	3666
3.	7.2.2018	Von Parlamenten verliehene Auszeichnungen/Ehrungen/Ehrenzeichen	3670
4.	13.2.2018	Interne Organisation der Verwaltungsstruktur des Parlaments	3673
5.	23.2.2018	Ausschluss eines Mitglieds des Parlaments von seinem Amt, wenn das Mitglied nicht an den Sitzungen teilnimmt	3683
6.	27.2.2018	Prüfung von Angelegenheiten durch die parlamentarischen Ausschüsse auf eigene Initiative	3688
7.	2.3.2018	Tagesordnungen des Plenums und der Ausschüsse im Parlament – Dokumente, Arbeitsablauf und unterstützende Tätigkeiten	3691
8.	5.3.2018	Kostenkalkulation und rechtliche Folgenabschätzung	3694
9.	6.3.2018	Fortsetzung der beruflichen Laufbahn der nicht wiedergewählten Mitglieder des Parlaments	3696
10.	14.3.2018	Systeme für die Verwaltung audiovisueller Medien	3703
11.	29.3.2018	Organisation der parlamentarischen Woche und der Tagesordnung des Parlaments	3729
12.	13.4.2018	Unterbringung von Forschungsdiensten in Räumlichkeiten des Parlaments	3741
13.	16.4.2018	Fragebogen für das Seminar für Forschung und Bibliotheken „Parlamentarische Forschung im digitalen Zeitalter“	3744
14.	16.4.2018	Parlamentarische Organe für die Rechte der Frau	3745
15.	20.4.2018	Umweltorientierte Auftragsvergabe (Green Public Procurement – GPP) oder umweltbezogene technische Spezifikationen in Parlamenten	3752
16.	3.5.2018	Die Rolle der Parlamente bei der Bewertung der Auswirkungen künftiger Faktoren des Wandels und der technologischen Entwicklung	3767
17.	6.6.2018	Finanzierung der Reisen und Aufenthalte der Mitglieder im Ausland	3807
18.	15.6.2018	Spracherkennung für die Erstellung parlamentarischer Aufzeichnungen	3817
19.	25.6.2018	Zugang zu elektronischen Zeitungen und Zeitschriften für Mitglieder	3826
20.	23.7.2018	Fragebogen über das Bestehen und die Arbeitsweise von parlamentarischen Programmen, die speziell auf Kinder und/oder Jugendliche ausgerichtet sind	3851
21.	3.9.2018	Verfahren für die Zustimmung und Empfehlungen des Parlaments für das Allgemeine Konto des Staates	3874

22.	5.9.2018	Betriebsstunden für persönliche Referenzdienste in Rechtsbibliotheken	3877
23.	18.9.2018	Zentrum für die Wiederherstellung von Datenbeständen des Parlaments	3888
24.	23.10.2018	Wie geht Ihr Parlament mit Fragen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz um?	3918
25.	9.11.2018	Intranet im Parlament	3931
26.	14.11.2018	Organisierte Besuche/Führungen im Parlament	3936

B. EZPWD-Seminare und satzungsgemäße Sitzungen im Jahr 2018

SEMINARE				
	Datum	Ort	Titel	Interessens- schwerpunkt
1.	17./18. Mai	Tbilisi, Parlament von Georgien	„Kostenkalkulation und rechtliche Folgenabschätzung“	Wirtschaft und Haushalt
2.	31. Mai bis 1. Juni	Berlin, Bundestag	„Wie ist der Beginn einer Wahlperiode organisiert?“	Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren
3.	21./22. Juni	London, House of Lords und House of Commons	„Parlamentarische Forschung im digitalen Zeitalter“	Bibliotheken, Forschungsdienste und Archive
4.	20./21. September	Oslo, Stortinget	„Digitalisierung der Gesellschaft“	IKT in Parlamenten
5.	27./28. September	Brüssel, Europäisches Parlament	„Die Zukunft der parlamentarischen Forschungsdienste und Bibliotheken in einer Zeit des raschen Wandels: Wie können gewählte Mitglieder in ihren vielfältigen Rollen am besten unterstützt werden?“	Bibliotheken, Forschungsdienste und Archive
SATZUNGSGEMÄSSE SITZUNGEN				
	Datum	Ort	Titel	
1.	8./9. März	Budapest, Országgyűlés	Sitzung des Exekutivausschusses des EZPWD	
2.	6./7. September	Berlin, Bundesrat	Sitzung des Exekutivausschusses des EZPWD	
3.	18.-20. Oktober	Helsinki, Eduskunta	Jahreskonferenz der Korrespondenten	

NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

März 2018



direkt gewählt



indirekt gewählt / ernannt / sonstige

 Belgique/België/ Belgien BELGIEN Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung 150  Senaat/ Sénat/ Senat 60 	 България BULGARIEN Народно събрание (Narodno sabranie) 240 	 Česká republika TSCHECHISCHE REPUBLIK Poslanecká sněmovna 200  Senát 81 	 Danmark DÄNEMARK Folketinget 179 
 Deutschland DEUTSCHLAND Deutscher Bundestag 709  Bundesrat 69 	 Eesti ESTLAND Riigikogu 101 	 Éire/Ireland IRLAND Dáil Éireann 158  Seanad Éireann 60 	 Ελλάδα GRIECHENLAND Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) 300 
 España SPANIEN Congreso de los Diputados 350  Senado 208  58 	 France FRANKREICH Assemblée nationale 577  Sénat 348 	 Hrvatska KROATIEN Hrvatski sabor 151 	 Italia ITALIEN Camera dei Deputati 630  Senato della Repubblica 315  5 
 Κύπρος ZYPERN Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) 56 	 Latvija LETTLAND Saeima 100 	 Lietuva LITAUEN Seimas 141 	 Luxembourg LUXEMBURG Chambre des Députés 60 
 Magyarország UNGARN Országgyűlés 199 	 Malta MALTA Il-Kamra Tad-Deputati 67 	 Nederland NIEDERLANDE Tweede Kamer 150  Eerste Kamer 75 	 Österreich ÖSTERREICH Nationalrat 183  Bundesrat 61 
 Polska POLEN Sejm 460  Senat 100 	 Portugal PORTUGAL Assembleia da República 230 	 România RUMÄNIEN Camera Deputatilor 329  Senat 136 	 Slovenija SLOWENIEN Državni zbor 90  Državni svet 40 
 Slovensko SLOWAKEI Národná Rada 150 	 Suomi/ Finland FINNLAND Eduskunta 200 	 Sverige SCHWEDEN Riksdagen 349 	 United Kingdom VEREINIGTES KÖNIGREICH House of Commons 650  House of Lords 785 

RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL/EUROPA.EU/RELNATPARL